

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE




13017

Nr. 1/2013



WIR WOLLEN FREIE MENSCHEN SEIN!

Der DDR-Volksaufstand
vom 17. Juni 1953



Interview mit Roland Jahn
Selbstverbrennungen in Tibet
Streit um Deutungshoheit

Aktuell

- 3 UOKG beginnt Forschungsprojekt Zwangsarbeit
Kein Ehrengrab für Peter Fechter
Neue Adresse

Interview

- 4 Gespräch mit Roland Jahn:
Es geht um mehr, als den Blick zurück

Recht

- 6 Krankenkassenbeiträge auf Reha-Leistungen
Einkommen und seine Grenzen

International

- 7 Selbstverbrennungen in Tibet
Geheimsender in Nordkorea

Dokumentiert

- 8 Streit um die Deutungshoheit
- 9 Liebknecht-Luxemburg-Affäre 1988
- 10 „Lassen Sie ab von der Hetze gegen Israel“
Lernen hinter Gittern

Berichte

- 11 Der Kalksteinbruch wartete schon
Ehrung für Pfarrer Fischer
- 12 „Vergangenheit, die nicht vergehen will“

Verbände

- 14 Yoga bei „Gegenwind“
Gedenkveranstaltung Fünfeichen
Ausstellung zum 17. Juni 1953 in Thüringen
Heimkinder Ost
- 15 Gedenkveranstaltung in Malchow
Egon Kunze und Richard Ciesilski
Leserbrief
Suchanzeigen

Service/Bücher

- 16 Zu jung, um schuldig zu sein
- 18 „Besondere Bemühungen“
- 19 Zum Staatsfeind erkoren

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild:

Die Ausstellung „Wir wollen freie Menschen sein!“ wurde von der Bundesstiftung Aufarbeitung anlässlich des 60. Jahrestages des 17. Juni 1953 erarbeitet. In diesem Jahr soll sie bundesweit und international an mehr als 2000 Orten gezeigt werden. Sie umfaßt 20 Tafeln und kann als Plakatsatz im Format DIN A1 gegen eine Schutzgebühr von 25 Euro bei der Stiftung bestellt werden.

Foto: Plakat Bundesstiftung Aufarbeitung

In der geistigen Mitte

Von Rainer Wagner

Wer erinnert sich nicht an Sudel-Ede alias Karl-Eduard von Schnitzler, diesen DDR-Fernsehideolegen, der sich für nichts zu schade war! Montag für Montag – direkt nach dem beliebten alten Film – verleumdete und beleidigte er und trat die Ehre anständiger Menschen in den Schmutz. Im Knast waren seiner widerwärtigen Ergüsse oft Pflichtveranstaltungen, was einer zusätzlichen Folter gleichkam. Höhnisch goß er Kübel von Dreck selbst noch über hilflos sterbende Maueropfer oder in den Stasi-Zuchthäusern eingekerkerte Kameraden aus. Sein Zynismus und seine Arroganz wurden nur noch von seiner Boshaftigkeit, seiner Hinterhältigkeit und seinen schmutzigen Lügen übertroffen. Als er 1981 wieder einmal mit giftigen antisemitischen Ausfällen den Staat Israel verleumdete, erlaubte ich mir, ihm in einem persönlichen Brief zu schreiben, daß Antisemiten seines Schlages schon längst einen „Platz in der Hölle sicher haben“ (s. S. 10). Normalerweise hätte mich dies, als bereits vorbestraften „Staatsverbrecher“, erneut für Jahre ins Gefängnis gebracht. Ich entging einer neuerlichen politischen Haft „aus kirchenpolitischen Gründen“, wie ich es später in meiner Stasi-Akte las. Da ich Prediger war, wollte der Staat keine Konfrontation mit der Evangelischen Kirche, die sich für kirchliche Angestellte eingesetzt hätte.

Wer sich an Schnitzlers „Schwarzen Kanal“ erinnert, vergißt seine „journalistische“ Arbeitsweise nie. Er nahm kurze Passagen westlicher Fernsehsendungen, völlig aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen demokratischer Politiker oder anderer von ihm zum Feind erklärter Personen, vermischte sie mit selbstgestreuten Gerüchten und konstruierte daraus eine Story. Das Ergebnis hatte mit Journalismus, selbst staatlich zensiertem, eigentlich nichts mehr zu tun.

Inzwischen gibt es weder die DDR noch einen Karl-Eduard von Schnitzler. Leider ist aber das Sudeln nicht gänzlich verschwunden, besonders, weil das Internet dazu hervorragende Möglichkeiten bietet. Da werden Aussagen aus ihrem zeitlichen oder sachlichen Zusammenhang gerissen,

Behauptungen aufgrund zurechtgebogener Recherchen aufgestellt, gewürzt mit Gerüchten, Polemik und Gift, immer in der Hoffnung, daß irgend etwas von dem ausgestreuten Dreck an den mutmaßlichen Gegnern hängen bleibt. Dies macht uns Probleme. Aber in einer Demokratie müssen wir so etwas wohl ertragen.

Als Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft sind wir bewußte Demokraten. Für die Werte der Demokratie haben wir Gefängnis, Zersetzung und andere Repressalien ertragen. Roten und braunen Ideologen sind wir ein Dorn im Auge. Sie können es nicht ertragen, wenn sich politische Erfolge abzeichnen, wie im letzten Jahr z.B. beim Einsatz für ein Mahnmal für die SBZ/DDR-Opfer, im ehemaligen Frauengefängnis Hoheneck oder bei der Aufklärung der DDR-Zwangsarbeit. Wenn wir aber von Links- und Rechtsaußen angegriffen werden, zeigt dies, daß wir auf dem richtigen Platz, dem der Demokraten stehen - fern aller Ideologen in der geistigen Mitte.

Als UOKG haben wir 2013 wichtige Aufgaben vor uns. Das reicht von der Überarbeitung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze durch Aufnahme der nichtbedachten Opfergruppen und Vererbbarkeit der Opferpension an die Witwen über die Ehrung der Opfer des 17. Juni 1953 bis hin zur Durchsetzung einer Straßbenennung nach Peter Fechter. Ebenso wichtig sind die Weiterarbeit am Thema Zwangsarbeit, die Beseitigung des Rentenunrechts der DDR-Flüchtlinge, der Einsatz für die Opfer der Boden- und Industriereform usw. Da 2013 wieder ein Jahr mit Bundestagswahlen ist, sollten viele von Ihnen die Kandidaten Ihres Wahlkreises auf unsere Problematik ansprechen.

Mit Sicherheit werden uns auch 2013 Angriffe und Verleumdungen nicht erspart bleiben. Kommen sie aus der Sudel-Ecke, strafen wir sie mit Verachtung. Wenn sie von Irreführten kommen, sollten wir versuchen, ihnen durch Aufklärung zu helfen.



UOKG beginnt Forschungsprojekt Zwangsarbeit

Am 18. November 2012 hat sich IKEA bei den ehemaligen DDR-Häftlingen dafür entschuldigt, daß der Konzern über mehr als zehn Jahre hinweg von Zwangsarbeit in der DDR profitiert hat. Diese Entschuldigung haben die Betroffenen gerne entgegengenommen, hat doch ein westlicher Großkonzern erstmals sein Mitwissen dafür eingeräumt, daß in DDR-Gefängnissen systematisch die Menschenrechte verletzt worden sind. Für diesen mutigen Schritt sind wir dankbar. Rainer Wagner hat IKEA aber schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß die UOKG und ihre Häftlingsverbände selbst die Möglichkeit haben müssen, mit dem Blick der Betroffenen und Opfer in die Akten zu schauen und die Zeitzeugen zu befragen. Im Gespräch war ein Forschungsprojekt mit einem Volumen von 120 000 Euro. IKEA hatte diese Summe zugesagt und Ende Februar ausgezahlt. Das Projekt hat am 1. März 2013 begonnen.

Ein Jahr lang werden zwei unabhängige Wissenschaftler und eine wissenschaftliche Hilfskraft in den Akten historisch belastbares Material sammeln, Zeitzeugen befragen und Listen mit Betrieben anlegen, für die Häftlinge der DDR-Gefängnisse und Insassen von Jugendhäusern, Arbeitskommandos, Arbeitserziehungslagern, Jugendwerkhöfen sowie weiteren Einrichtungen unter teilweise lebensgefährlichen Bedingungen geschuftet haben. Am Ende des Projektes, im Juni 2014, wird eine Dokumentation stehen, die zusammen mit einer Ausstellung die Öffentlichkeit auf das System der Zwangsarbeit in der DDR aufmerksam macht. In diesem Projekt geht es also nicht nur um die „Spitze des Eisberges“, die mit IKEA in den Blick geraten ist. Es geht um das gesamte System. Von der Zwangsarbeit in der DDR haben nicht nur westliche Konzerne wie IKEA und Quelle profitiert. Zwangsarbeit gab es in Hunderten von Betrieben in der Chemie, Metallindustrie, Braunkohle, Textilindustrie,

Baustoffindustrie, bei der Reichsbahn, in Ziegelfabriken und Tongruben. Die Liste wird lang werden.

Diese Daten zu sammeln, die das gesamte Ausmaß der Zwangsarbeit in der DDR sichtbar machen, ist eine gewaltige Herausforderung. Wir brauchen dazu die Mithilfe der Betroffenen, vor allem der Häftlingsverbände, die uns Informationen über ihre Zeit in „ihrer“ Einrichtung geben.

Auf <http://www.ddr-zwangsarbeit.info/> finden Sie dazu einen Fragebogen. Er ist leicht auszufüllen und wird uns elektronisch zugesandt. Zum Weitergeben und Auslegen wird es auch einen Fragebogen in Papierform geben. Bitte helfen Sie uns bei diesem Projekt. Je mehr wir wissen, desto sicherer können wir später an Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit herantreten, wenn wir etwas für die Opfer tun wollen.

Christian Sachse


Kein Ehrengrab für Peter Fechter

(st) Im Dezember 2012 hatte sich der Vorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, in einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin gewandt und sich für die Anerkennung der Grabstätte des Maueropfers Peter Fechter als Ehrengrabstätte des Landes Berlin eingesetzt. Björn Böhning, Chef der Senatskanzlei, antwortete: „Leider vermochte die Senatskanzlei über eine Anerkennung nicht anders zu entscheiden, denn die auf 20 Jahre befristete Anerkennung einer Ehrengrabstätte setzt gemäß den Ausführungsvorschriften zu § 6 Abs. 12 Friedhofsgesetz (AV Ehrengrabstätten) das Vorliegen hervorragender Leistungen mit engem Bezug zu Berlin oder ein überragendes Lebenswerk und ein in der allgemeinen Öffentlichkeit fortlebendes Andenken an die verstorbene Persönlichkeit voraus.“

Ich stimme Ihnen vorbehaltlos zu, daß Peter Fechters Tod zu einem Symbol für eine unmenschliche Gewaltherrschaft geworden ist. Und so ist es auch nur folgerichtig, daß die Grabstätte Peter Fechters in Erhalt und Pflege dauerhaft nach dem Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) geehrt und in staatliche Obhut genommen worden ist.“

Neue Adresse

(MVPO) Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Marita Pagels-Heineking, ist mit ihrem Büro in neue Räume umgezogen. Seit dem 1. März 2013 befindet es

sich am Bleichenufer 7, 19053 Schwerin. Auch die Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ ist nun unter dieser neuen Anschrift erreichbar. 

Neujahrsempfang



Anlässlich des Neujahrsempfangs bei Bundespräsident Joachim Gauck am 10. Januar 2013 im Schloß Bellevue hat der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner (m.), die Belange der Opfer angesprochen und u.a. auf noch immer bestehende Defizite bei der Entschädigung hingewiesen.

Es geht um mehr, als den Blick zurück

Ein Gespräch mit dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn

Stacheldraht: Sie sind jetzt seit zwei Jahren im Amt, das Sie mit großem Gestaltungsanspruch angetreten haben. Ist aus dem Anspruch der Gestaltung die Wirklichkeit der Verwaltung geworden?

Jahn: Verwaltung ist ja an sich erstmal nichts Schlechtes. Sie dient dazu, Aufga-

Jahn: Neun haben die Behörde verlassen, drei davon sind in andere Bundesverwaltungen gewechselt. Es muß rechtsstaatlich korrekt und menschlich respektvoll erfolgen. Das braucht seine Zeit. Die Personalabteilung macht das sorgfältig. Wichtig ist, dieses Anliegen unter den Umständen konsequent umzusetzen. Ich

bin es den Menschen, die unter der Stasi gelitten haben, schuldig. Denn es tut ihnen weh, wenn sie hier zum Eingang kommen und nicht wissen, ob der Pförtner vielleicht beim MfS war. Deshalb muß dieses Problem gelöst werden.

Stacheldraht: Sie haben die Absicht geäußert, aus dem Gelände der ehemaligen Stasi-

Zentrale in Berlin einen „Campus der Demokratie“ zu machen. Was stellen Sie sich darunter vor?

Jahn: Ausgangspunkt ist, daß wir auf diesem Gelände in der Normannenstraße mit dem Stasiakten-Archiv und dem Stasi-Museum, das wir gemeinsam mit der ASTAK betreiben, schon präsent sind. Es geht mir um die Zusammenlegung der Berliner Standorte der Stasiunterlagen-Behörde. Denn es ist nicht einzusehen, daß wir tagtäglich die Akten durch die Stadt fahren. Viel besser wäre es, schon wegen des Bestandsschutzes der Akten und effektiverer Arbeitsabläufe, an diesem authentischen Ort die Standorte zusammenzuführen.

Stacheldraht: Ist dafür der Begriff „Campus der Demokratie“ nicht ein bißchen hochgegriffen?

Jahn: Es geht darum, einen Lernort für Demokratie zu entwickeln. Stasi-Museum, Stasi-Archiv sind dort, und Forschungsabteilung mit Präsenzbibliothek sind ein Umzug, der für uns sinnvoll ist. Weitere Institutionen können sich beteiligen, um diesen Campus der Demokratie zu entwickeln. Die Robert-

Havemann-Gesellschaft hat schon ganz konkret Interesse angemeldet. Sie möchte das Archiv der DDR-Opposition dort unterbringen und ihre Ausstellung zur Friedlichen Revolution zeigen. Auch das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik ist interessiert. Gemeinsam mit der Stasiunterlagen-Behörde hat es ein Pilotverfahren zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen entwickelt. Dieses Projekt würde das Institut gern als „gläserne Fabrik“ auf dem Gelände präsentieren, und die über 15 000 Säcke mit zerrissenen MfS-Unterlagen könnten ebenfalls dort eingelagert werden.

Stacheldraht: Also ist der Campus ein offenes Projekt.

Jahn: Der Campus ist nicht reduziert auf die Stasiunterlagen-Behörde sondern eine Einladung, unsere Präsenz dort zu ergänzen. Für mich ist entscheidend, daß dieser Ort Symbol für die Repression der Geheimpolizei ist, gleichzeitig aber auch für die Friedliche Revolution. Als Folge der Stürmung der Stasi-Zentrale im Januar 1990 wurden die Akten gesichert. Dort haben sich die Menschen von der Übermacht der Staatssicherheit befreit. Deshalb ist dieses Gelände prädestiniert, ein Lernort der Demokratie zu werden. Im „Haus 1“ beschäftigen sich schon viele Opferverbände mit der Aufarbeitung. Ergänzende Angebote können aus der ehemaligen Stasi-Zentrale einen Ort machen, der hilft, Diktatur zu begreifen. Je besser wir Diktatur begreifen, desto besser können wir Demokratie gestalten. Das ist der Leitsatz für meine Arbeit. Es geht um mehr, als den Blick zurück. Wir müssen im Dialog mit der nächsten Generation aus der Geschichte lernen.

Stacheldraht: Sie haben den Wunsch geäußert, daß die Rolling Stones ein Konzert auf dem Dach von „Haus 18“ geben sollten. War das ernst gemeint?

Jahn: Ich habe davon geträumt, daß die Stones dem Mielke aufs Dach steigen. 1969 verbreitete sich das Gerücht eines Stones-Konzertes auf dem Springer-Hochhaus an der Berliner Mauer. Im Zuge des Einsatzes von Polizei und Stasi gegen die Menschen, die sich auf der Ostseite dort versammeln wollten, sind viele von ihnen im Gefängnis gelandet. Deshalb wäre es



Foto: N. Radlitz

Roland Jahn: Träume sind wichtig.

ben zu erledigen. Mir hat sie geholfen, Dinge umzusetzen. Aber ich habe auch erlebt, daß an manchen Stellen die Verwaltung doch nicht so schnell arbeitet, wie ich es mir wünschen würde.

Stacheldraht: Was ist nach diesen zwei Jahren auf der Strecke geblieben?

Jahn: Ich würde nicht sagen, auf der Strecke geblieben. Manches sollte schneller gehen, scheitert aber auch an objektiven Dingen – Geld, Personal. Anderes kann man ändern, Abläufe, Service, Arbeitsorganisation. Entscheidend ist, daß die Arbeit jeden Tag Spaß macht, sie ist eine interessante Herausforderung.

Stacheldraht: Es macht Spaß?

Jahn: Das macht richtig Spaß, in so einem großen Team mit vielen Mitstreitern zu arbeiten. Als Dienstleister für Menschen dazusein, in deren Leben die Staatssicherheit eingegriffen hat.

Stacheldraht: Bei Amtsantritt stellten Sie sich das ehrgeizige Ziel, daß die 48 ehemaligen Stasi-Mitarbeiter Ihre Behörde verlassen sollten. Wie ist der Stand?

eine tolle Sache, wenn der Traum in Erfüllung ginge. Außerdem denke ich, Träume sind wichtig, damit man sich immer mal wieder klar macht, worum es geht.

Stacheldraht: Der „Campus der Demokratie“ ist ein in die Zukunft gerichtetes Projekt. Immer mehr Menschen haben die DDR nie erlebt. Wie wollen Sie diese junge Generation erreichen?

Jahn: Die Jungen stellen die Frage „Stasi- Was geht mich das an?“ Da müssen wir in der Lage sein, ohne den pädagogischen Zeigefinger zu antworten. Indem wir Angebote machen, mit denen sich die Schüler diese Frage selbst beantworten können. Sie sollen sich selbst wiedererkennen, z.B. in Ausstellungen, obwohl sie gar nicht darin vorkommen. Es geht um Fragestellungen, die auch in ihrem Leben eine Rolle spielen. Hätte ich damals funktioniert oder wäre ich irgendwann ausgebrochen? Wie verhalte ich mich im Alltag? Passe ich mich an oder widerspreche ich? Wir sollten die Jugendlichen dazu anregen, sich selber zu dieser Vergangenheit in Bezug zu setzen.

Stacheldraht: Am 15. Januar, dem 24. Jahrestag der Erstürmung der Stasi-Zentrale, hatten Sie Gelegenheit dazu. Mehrere hundert Jugendliche waren eingeladen, sich am historischen Ort über die Staatssicherheit zu informieren.

Jahn: Das war ein Projekttag, an dem mehrere Berliner und Brandenburger Schulen teilnahmen. Wir hatten einige hundert Anmeldungen mehr, als wir berücksichtigen konnten. Für uns war es auch die Möglichkeit auszuprobieren, wie das Gelände als Lernort für Demokratie genutzt werden kann. Es gab z.B. Archiv-Führungen, Geländeführungen – Mielkes Revier, Filme wurden gezeigt mit anschließenden Zeitzeugengesprächen, verschiedene Ausstellungen, auch die zur Jugendopposition der Havemann-Gesellschaft, Schüler präsentierten eigene Rechercheergebnisse aus dem Archiv, wir haben das Audio- und Video-Archiv der Stasi gezeigt, es gab eine Diskussionsveranstaltung und vieles mehr. Innerhalb dieser Vielfalt ging es immer wieder auch um das Einwirken der Staatssicherheit auf junge Menschen.

Stacheldraht: Sie haben einmal erwähnt, daß Ihre Behörde eine Bildungs-offensive plant. Was war damit gemeint?

Jahn: Wir wollen noch einmal mit den Bundeseinrichtungen, die auf diesem Gebiet aktiv sind, z.B. die Bundesstiftung

Aufarbeitung und die Bundeszentrale für politische Bildung, auf die Kultusminister der Länder zugehen und abstimmen, wie unsere Angebote an Bildungsmaterial auch wirklich genutzt werden können und die Schüler tatsächlich erreichen. Wir müssen Netzwerke entwickeln, um nicht an der konkreten Lebenspraxis vorbei zu agieren.

Stacheldraht: Ihre Behörde ist nicht die einzige Aufarbeitungsinstitution auf Bundesebene. Was hat sie, was andere nicht haben – oder können?

Jahn: Vor allem haben wir einen gesetzlichen Auftrag, er ist die Grundlage unseres Handelns. Wir sollen mit Hilfe der Stasi-Akten das Wirken der Staatssicherheit aufklären. Als Behörde sind wir ein Dienstleister, der Aufgaben im Interesse der Menschen erledigt. 2012 sind die Anträge der Bürger auf Akteneinsicht wieder gestiegen, also, der Bedarf ist da. Die Menschen wollen weiter in die Akten schauen. Der Zugang muß gewährleistet bleiben. Das Archiv ist wichtig, damit Aufklärung überhaupt stattfinden kann. Für das Stasi-Museum wird jetzt eine Dauerausstellung neu entwickelt. Und auch für die Bibliothek, die am Standort Karl-Liebknecht-Straße nur von ca. zehn Prozent externer Besucher genutzt wird, besteht mit einem Umzug in die Normannenstraße die große Chance, den Nutzerkreis stark zu erweitern. Aufgaben gibt es genug. Wir versuchen sie zu erledigen, solange der Bedarf vorhanden ist. Ob irgendwann einmal das Türschild geändert wird, ob dann Bundesarchiv dran steht, ist eine andere Frage.

Stacheldraht: Auf Ihre Behörde bezogen ist 2019 offenbar ein magisches Jahr. Manch einem scheint es gar nicht schnell genug zu gehen, daß sie abgewickelt wird. Ist es der reine Sparzwang, der diese Menschen treibt?

Jahn: Ich weiß nicht, was Leute treibt, wenn sie das Enddatum einer Behörde festlegen wollen. Über das Ob und das Wie der Weiterführung der Aufgaben der Stasiunterlagen-Behörde wird der Deutsche Bundestag entscheiden.

Und der hat bislang nirgendwo festgeschrieben, daß 2019 Schluß ist. Es wird zur prüfen sein, welche Aufgaben noch vorhanden sind und wer sie erledigen kann. Darum geht es. Und es ist immer hilfreich, sachlich darüber zu diskutieren und nicht vordergründig emotional.

Stacheldraht: Für die Entscheidung soll eine Expertenkommission des Bundestages gebildet werden. Erfahrungsgemäß tagen solche Kommissionen häufig hinter verschlossenen Türen. Wünschen Sie sich zu diesem Thema eine Öffnung in die Gesellschaft?

Jahn: Eine gute Expertenkommission organisiert sich den gesellschaftlichen Diskurs. Das kann man mit richtig großen öffentlichen Anhörungen machen, aber auch mit Debatten in der Presse. Ich denke, der Deutsche Bundestag ist schlau genug, sich diesen Diskurs so zu organisieren, daß er am Ende die bestmögliche sachliche Entscheidung darüber treffen kann, wie es weitergeht. Aufarbeitung ist keine Angelegenheit einiger weniger, sondern der gesamten Gesellschaft.

Stacheldraht: Sie hatten einen schönen Beruf, waren erfolgreicher Journalist. Warum haben Sie sich auf dieses Amt eingelassen?

Jahn: Es war für mich die große Chance, das, was ich in Sachen Aufarbeitung der SED-Diktatur bisher als Journalist an Erfahrungen gesammelt hatte, an verantwortungsvoller Stelle mit einzubringen. Ideen zu authentischen Orten zum Beispiel. Und es ist toll, daß ich jetzt die Gelegenheit habe, hier verantwortlich mitzugestalten.

Stacheldraht: Vielen Dank, Herr Jahn.



Foto: BStU/Dresden

Schüler im Stasi-Archiv beim Schülerprojekttag 15. Januar 2013.

Krankenkassenbeiträge auf Reha-Leistungen

Versorgungsgrundrenten – beitragsfrei

Noch immer kommt es bei den Krankenkassen zu Fehlern hinsichtlich der Verbeitragung bzw. der Errechnung der Belastungsgrenze bei Zuzahlungen für Medikamente usw. im Zusammenhang mit der Gewährung von Leistungen nach den opferrechtlichen Bestimmungen. So bleiben Kapitalentschädigung und Opferrente nach dem Strafrechtlichen sowie Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz bei Sozialleistungen, deren Gewährung von anderen Einkommen abhängig ist, erstens unberücksichtigt und zählen zweitens nicht zu den Einnahmen zum Lebensunterhalt. Das heißt, diese Leistungen sind für Pflichtversicherte nicht beitragspflichtig und dürfen bei der Errechnung der Belastungsgrenze nicht in Anrechnung gebracht werden.

Anrechenbar sind lediglich Einnahmen bzw. Einkommen, die der Rente vergleichbar sind. Das ist immer dann der Fall, wenn die Einnahmen eine Einkommensersatzfunktion haben, wie z.B. Be-

rufsschadensausgleich nach dem Bundesversorgungsgesetz oder aber Zahlung bzw. Nachzahlung (Nachteilsausgleich) aufgrund politischer Verfolgung nach dem Beruflichen Reha-Gesetz.

Anders ist die Lage bei freiwillig Versicherten. Hier richtet sich der Beitrag entsprechend dem Gesetz bzw. dem Statut der einzelnen Kassen nach der gesamten Leistungsfähigkeit des Versicherten. Die sich in diesen Regelungen widerspiegelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird allein von den Einnahmen und nicht von der Bedarfssicherung des Mitglieds aufgrund von Einschränkungen oder Beeinträchtigungen (Bedürftigkeit) bestimmt. Da es sich bei den Leistungen (Opferrente, Ausgleichsleistungen) um regelmäßig wiederkehrende Geldleistungen handelt, die zum Lebensunterhalt verbraucht werden können, d.h. die einen unmittelbaren Einfluß auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des betroffenen Mitglieds haben, erfüllen sie somit eine Einkommensfunktion. Würde bei diesen Leistungen nicht die

materielle (an die Bedürftigkeit geknüpft) sondern eine ideelle Komponente im Vordergrund stehen, käme ihnen eine Sonderstellung ähnlich jener der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz zu.

Für Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung ist ausdrücklich geregelt, daß die Grundrente für haftbedingte Gesundheitsschäden beitragsfrei bleibt. An die freiwillig Versicherten ergeht aus gutem Grunde noch einmal der Hinweis, daß nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts diese Versorgungsgrundrente *nicht* dem Lebensunterhalt dient, also der gesamten Leistungsfähigkeit des Mitglieds nicht hinzugerechnet werden darf. Vielmehr diene sie zusätzlich als Entschädigung für die erlittenen Verletzungen und müsse in der Krankenversicherung daher beitragsfrei bleiben. Nähere Informationen dazu in der Geschäftsstelle des BSV-Fördervereins, Tel. (030)55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Einkommen und seine Grenzen

Wie allgemein bekannt, sind einige Leistungen aus den Rehabilitierungsgesetzen an bestimmte Einkommensgrenzen geknüpft. So darf der Antragssteller, der die besondere Zuwendung für Haftopfer oder die Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz begehrt, bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreiten.

Die Höhe der Einkommensgrenzen zu berechnen, ist eine Wissenschaft für sich. Davon ein Bild kann sich machen, wer sich einmal § 17a Abs. 2, Abs. 3 StrRehaG und § 8 Abs. 3, Abs. 5 näher betrachtet. Wer sich nicht an diesem bürgerfeindlichen Wust von Gesetzesklauseln abarbeiten

möchte, findet die derzeit geltenden Einkommensgrenzen für die Opferrente im Kasten auf dieser Seite.

Was aber ist eigentlich Einkommen i.S. dieser beiden Gesetze?

§ 17a Abs. 2 StrRehaG gibt schon einmal einen ersten Hinweis, was jedenfalls nicht zum Einkommen gehört: Renten wegen Alters, Erwerbsminderung, Arbeitsunfall oder Berufskrankheit, Renten wegen eines Todesfalls sowie das Kindergeld.

Weiterhin hilft ein Blick in die bereits oben angesprochenen Vorschriften. In § 82 Abs. I und II des zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) heißt es zunächst ganz lapidar: "Zum Einkommen gehören alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert." Doch auch hier gilt: keine Regel ohne Ausnahme, namentlich sind dies bestimmte andere Sozialleistungen. Interessant für jene, für die die Anerkennung der verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden eine Rolle spielt, ist: Auch die Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) wird nicht zum Einkommen gezählt. Aber Achtung: Dies gilt nicht für die Ausgleichsrente nach demselben Gesetz, auf welche ab einem GdS von 50 ein Anspruch besteht.

Nicht in § 82 Abs. 1 geregelt, aber selbstverständlich ist, daß weder die Opferrente noch die Kapitalentschädigung noch die Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz zum Einkommen gehören (§§ 16 Abs. 4 StrRehaG, § 9 Abs. 1 BerRehaG).

§ 82 Abs. 2 SGB XII regelt zudem, daß für die Einkommensberechnung nicht das gesamte Bruttoeinkommen einzusetzen ist. So werden für die Einkommensermittlung aus dem Bruttoeinkommen noch folgende Posten herausgerechnet:

1. Die auf das Einkommen entrichteten Steuern
2. Die Pflichtabgaben zur Sozialversicherung
3. Gesetzlich vorgeschriebene Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen
4. Die mit der Erzielung des Einkommens notwendig verbundenen Ausgaben
5. Das Arbeitsförderungsgeld und Erhöhungsbeiträge des Arbeitsentgelts i.S.d. § 43 Satz 4 SGB IX

Rechnet man alle diese Punkte heraus, ergibt sich das Einkommen.

Florian Kresse, Jurist

Einkommensgrenzen

Die Einkommensgrenze für die Opferrente berechnet sich nach der Regelbedarfsstufe 1 der Anlage zu § 28 SGB XII. Sie beträgt derzeit 382 €.

Für Alleinstehende ist maßgeblich das Dreifache des Eckregelsatzes, also 1146 €. Kommt ein Lebens- oder Ehepartner hinzu, beträgt die Einkommensgrenze das Vierfache des Eckregelsatzes, also 1528 €.

Für jedes Kind, für das der Berechtigte einen Kindergeldanspruch hat, erhöht sich die Einkommensgrenze um das Einfache des Eckregelsatzes.

Selbstverbrennungen in Tibet

In den vergangenen Monaten ist es auf dem „Dach der Welt“ immer wieder zu Selbsttötungen durch Feuer gekommen. Im Oktober letzten Jahres erst hatte Navi Pillay, die Hochkommissarin für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen, die Volksrepublik China gedrängt, auf ihre Behörden und die religiösen Führer in Tibet ihren Einfluß geltend zu machen, damit die Menschen ihre verzweifelten Proteste nicht auf diese Weise dokumentieren. „Diese sind eine Illustration, wie ernst die Situation ist“, heißt es in dem Statement. „Allgemeine Stabilität in Tibet wird nie erreicht werden durch Unterdrückung der Menschenrechte!“

In den letzten drei Jahren sind 85 Selbstverbrennungen tibetischer Frauen und Männer bekanntgeworden, davon seit Frühjahr 2011 rund 60. Allein im Oktober 2012 drangen Informationen über 23 Vorfälle dieser Art an die Außenwelt. Ihre Zahl ist danach wesentlich angestiegen, was weitere Rückschlüsse auf die politische Situation auf dem „Dach der Welt“ zuläßt. Dabei handelt es sich um bekanntgewordene Schicksale, die Dunkelziffer dürfte weit höher sein. Seit Juni 2012 erhalten ausländische Journalisten keine Einreisegenehmigung mehr in die betroffenen Gebiete.

Viele der Nachrichten kommen von Flüchtlingen, die durchweg über den Himalaja nach Nepal zu gelangen versuchen. Auf Druck Pekings hat das Land indes seine Grenzkontrollen verschärft und gegenüber den Geflohenen auch eine härtere Haltung eingenommen. Erreichten früher jährlich über 3000 Tibeter letztendlich das Flüchtlingslager im indischen Dharamsala, sind es heutzutage nur noch rund 500. So wurde bekannt, daß es in der westlichen Qinghai-Provinz im Februar 2012 zu zwei großen Protest-Demonstrationen kam, an denen über 1000 Personen teilnahmen. Zweifellos werden das nicht die einzigen Aktionen dieser Art in Tibet gewesen sein. Ein bekanntgewordenes Dekret Pekings befiehlt, staatliche Verwaltungskomitees in Klöstern zu stationieren. Sie sollen sicherstellen, daß Mönche und Nonnen „nicht die öffentliche Ordnung stören“. Mit seltener Offenheit wurde andererseits in der tibetischen KP-Zeitung zugegeben, daß offenbar nicht wenige Parteifunktionäre auf dem „Dach der Welt“ kaum ernsthaft gegen den „Separatismus“ (ge-

meint ist die angestrebte Autonomie der Tibeter) vorgingen und sich sogar offen zum Dalai Lama bekennen. Dieser wird auf einer Website Pekings neuerdings als Nazi beschimpft, „dessen Politik dem Holocaust eines Hitler zu vergleichen“ sei. In Wahrheit hat sich der Dalai Lama bereits 2011 von seinen politischen Ämtern zurückgezogen.

Manche Politiker in Fernost hoffen, der neue KP-Chef Chinas, Xi Jinping, werde gegenüber nationalen Minderheiten eine versöhnlichere Politik betreiben, zumal sein Vater einst mit dem Dalai Lama befreundet war. Es ist indes zu befürchten, daß diese Hoffnung eine naive Illusion bleibt.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Geheimsender in Nord-Korea

Auch als Kim Jong-un, der Diktator der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ sich noch den Anschein gab, er strebe eine ehrliche Wiedervereinigung auf der Halbinsel an, bewies die Realität Nord-Koreas bereits das genaue Gegenteil in Form eines neuen Geheimsenders. Unter diesem Begriff ist eine Radiostation zu verstehen, die vortäuscht, als „Sprachrohr einer südkoreanischen Untergrundbewegung“ irgendwo in Süd-Korea stationiert zu sein – während er sich tatsächlich nördlich des 38. Breitengrads befindet.

Seit 1970 hatte Pjöngjang sich wiederholt solcher Methoden bedient (die es dem gegenseitigen Propagandakrieg in Europa während des Zweiten Weltkriegs

und danach im Kalten Krieg entnahm), entsprechende Aktivitäten dann aber ab 2003 völlig eingestellt.

Seit Monaten arbeitet auf diese Weise der Geheimsender „Das Echo der Wiedervereinigung“, der in Wahrheit in der nordkoreanischen Stadt Kaesong in der Nähe der Demarkationslinie steht. Er strahlt täglich dreimal zwei Stunden aus und will nach eigenen Worten „sich äußern über den Wunsch der ganzen (koreanischen) Nation, welche die nationale Einheit wünscht“. Tatsächlich beinhalten die Programme nahezu ausschließlich äußerst harsche Kritik an der neuen Regierung in Seoul.

F.-W. Schlomann

Gegen Regierungsgewalt in Ägypten



Foto: IGFM

Am 29. Januar dieses Jahres machte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) anlässlich des Staatsbesuches von Ägyptens Präsident Mursi in Deutschland mit bundesweiten Aktionen auf die schweren Menschenrechtsverletzungen in Ägypten aufmerksam. In Berlin protestierte die IGFM vor der ägyptischen Botschaft und forderte mit Sprechchören Freiheit für alle Ägypter.

Streit um die Deutungshoheit

Eine Erwiderung von **Horst Schüler**

Sein Anliegen ist es, „die notwendige differenzierte Debatte über das Erinnern an zwei Diktaturen anzustoßen“. So heißt es in einem im Tagesspiegel von Wolfgang Benz erschienenen Artikel unter der Überschrift: „NS-Zeit und Stalinismus – Ums Gedenken streiten.“ Dr. Wolfgang Benz ist Historiker, emeritierter Hochschullehrer an der TU Berlin. Er war bis 2011 Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung und ist vielfach geehrt und ausgezeichnet worden. Ein Mann also, der hohen Respekt verdient. Das eingangs genannte Zitat ist Hinweis auf ein in diesen Tagen im Metropolis Verlag erschienenes Buch mit dem Titel „Ein Kampf um Deutungshoheit. Politik, Opferinteressen und historische Forschung. Auseinandersetzungen um die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße“.

Ja, ich weiß, das ist eine recht lange Einleitung, doch sie ist wohl notwendig zum Verständnis für den Leser, so er denn auch wissen sollte, daß der Artikel von Professor Benz große Irritationen unter den ehemaligen politischen Häftlingen kommunistisch-stalinistischen Terrors ausgelöst hat. Es ist zwar stets schwierig, für eine Gruppe von Menschen zu schreiben, da wird dieser oder jener abweichender Meinung sein. Dennoch glaube ich, hier die Mehrheit der Frauen und Männer zu vertreten, die in den Kerkern kommunistischer Geheimdienste waren, zuvorderst der des sowjetischen KGB, eingeschlossen dessen Strafregionen im sowjetischen Gulag.

**Das Jahrhundert
zweier verbrecherischer
Herrschaftssysteme**

Das vergangene Jahrhundert gilt als das Jahrhundert zweier verbrecherischer Herrschaftssysteme, deren Terror Millionen und Abermillionen vernichtete. Da war das nationalsozialistische Regime, das wie ein Giftpilz Europa überzog. Es tötete unzählige Menschen jüdischen Glaubens, Sinti und Roma sowie seine politischen Feinde. Das, was wir heute Holocaust nennen, der weder Frauen, Greise noch Kinder verschonte, war eine bislang nie da gewesene Form des Völkermordes, der in seiner eiskalten

Grausamkeit in den Gaskammern einer fast industriell arbeitenden Tötungsmaschinerie glich. Der Name „Auschwitz“ wird für immer Synonym für ein staatlich angeordnetes Verbrechen sein, unter dessen Schuldenlast Deutschland noch lange leiden wird. - Und dann war da der sich kommunistisch nennende Terror. Er zeichnete sich finster aus auch in der DDR, am brutalsten aber in der So-

**Alle waren Opfer,
die nur überleben konnten,
weil sie als solche
solidarisch waren.**

wjetunion unter der Herrschaft Stalins. Jörg Baberowski, Professor für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität, schreibt in seinem 2012 erschienenen Buch „Verbrannte Erde“: „Jedermann konnte jederzeit Opfer des staatlich organisierten Terrors werden: als Mitglied einer stigmatisierten sozialen oder ethnischen Gruppe, durch Denunziation oder Zufall, oder weil es dem Diktator gefiel, Menschen zu töten und in Angst und Schrecken zu versetzen.“ Und: „Es gab kein Land, in dem Menschen in solcher Angst leben mußten wie in der Sowjetunion.“

Professor Benz wird dem wohl nicht zustimmen, meinte er doch in seinem Artikel, es sei nicht die Absicht sowjetischer Politik gewesen, Menschen auszurotteten, weil sie zu bestimmten Ethnien oder Religionsgemeinschaften gehörten. Das mag wohl sein, dafür zielte Stalins Mordlust auf Angehörige ihm nicht genehmer Klassen, oder auch auf Parteimitglieder, die sein krankhaftes Mißtrauen geweckt hatten. Und wie Professor Benz richtig zu verstehen ist, wenn er schreibt, „der Beweis, daß Freiheitsentzug im KGB-Gefängnis das Gleiche war wie Haft im nationalsozialistischen KZ, ist weder zu erbringen noch notwendig“, das weiß ich nicht recht. Mir jedenfalls haben KGB-Offiziere bei ihren Prügel-Verhören eine Niere kaputt geschlagen, von den Zähnen gar nicht zu reden; und ich war ja weiß Gott keine Ausnahme. Letztlich konnten wir sogar noch glücklich sein, nicht zu den Tausenden gehört zu haben, die hingerichtet wurden. Und um Gottes willen will ich mit solcher Aussa-

ge kein Gramm von den zentnerschweren Qualen nehmen, denen Menschen in Nazi-Haft unterlagen. Letztlich haben sie auch meinen Vater in Sachsenhausen 1942 in den Tod getrieben.

„Jedes individuelle Leid hat – unabhängig von der politischen Intention des Regimes, das es verschuldet – die gleiche Würde und steht für die existentielle Katastrophe einzelner Menschen auf gleicher Ebene.“ Jawohl, diesem Satz von Professor Benz ist ohne Abstrich zuzustimmen. Warum er dann aber für ein differenziertes Geschichtsbild eintritt, „in dem die Opfer der einen wie die Opfer der anderen ihren richtigen Platz haben“, das entzieht sich unserem Verständnis. Was und wo ist denn der richtige Platz? In den Lagern des Gulags waren wir Christen, Juden, Moslems, Ungläubige, Soldaten der Roten Armee, die aus Kriegsgefangenschaft schnurstracks in die sowjetischen Strafregionen wanderten, Polen, Balten, Tschechen, Deutsche, Rumänen, Ungarn, Russen - ein Haufen, wie er unterschiedlicher kaum sein konnte, doch in einem eins: Alle waren wir geschundene Opfer, die nur überleben konnten, weil sie als solche solidarisch waren. Und in den KZs der Nazis wird das nicht anders gewesen sein.

Wenn also das Europäische Parlament den 23. August, den Tag, an dem in Moskau 1939 der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet wurde, zu einem gemeinsamen Gedenktag „zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ beschlossen hat, warum, sehr geehrter Herr Professor Benz, nivelliert ein solcher Gedenktag die Unterschiede zwischen nationalsozialistischer Verfolgung und kommunistischem Terror? Warum wird damit der Judenmord und der Genozid an Sinti und Roma marginalisiert, wie Sie schreiben? Warum glauben Sie, dies werde den Opfern beider Systeme nicht gerecht? Warum werten Sie die Initiatoren dieses Aktes ab als „militante Antikommunisten mit rückwärtsgerichtetem Blick“? Sie führen an, daß bislang Schweden, die baltischen Staaten, Bulgarien, Kroatien, Polen, Ungarn und Slowenien diesen Feiertag begingen. Kein westeuropäischer Staat. Erstaunt Sie das wirklich? Uns nicht. Die von Ihnen genannten Staaten (bis auf Schweden) haben näm-

lich den kommunistisch-stalinistischen Terror erlebt und erlitten, westeuropäische nicht. Und in Deutschland wiegt die Schuld der Nazi-Verbrechen noch so schwer, daß man als Gefahr für Freiheit

Diskussion um Deutungshoheit nur bei uns

und Demokratie nur den Rechtsextremismus sieht. Weshalb es denn auch eine Diskussion um Deutungshoheit wohl nur bei uns gibt.

In dem eingangs erwähnten Buch ist auch ein Aufsatz des Journalisten und Historikers Dr. Martin Jander unter dem Titel „Kultur der Aufrechnung“ erschienen, den wir nach einigen Vorfällen mit besonderer Skepsis betrachten. Das Anliegen des Buches soll ja sein, eine „differenzierte Debatte über das Erinnern an zwei Diktaturen anzustoßen“. Anlaß ist der Streit

um die Gedenkstätte in der Potsdamer Leistikowstraße. Eine „seltsame Schlachtenordnung“ unterstellt uns dabei Professor Benz. Vielleicht nimmt er zur Kenntnis, daß es bei der Diskussion um die Gestaltung dieser Gedenkstätte auch unter ehemaligen politischen Häftlingen, die in diesem früheren Gefängnis waren, abweichende Meinungen gibt. Ja, es gibt solche, die sie für richtig halten, und es gibt viele andere, die eine Menge auszusetzen haben. Wir sind kein Haufen, in dem Wertungen und Meinungen vorgeschrieben werden. Ein Gesetz allerdings gibt es: Wenn uns jemand in die Nähe braunen Gedankengutes rücken will – und mag dies auch noch so intellektuell verbrämt geschehen – dann werden wir uns geschlossen und mit allen Mitteln dagegen wehren.

(Der Autor ist Ehrenvorsitzender der UOKG e.V., sein Beitrag erschien im Tagesspiegel am 28.2.2013)

Aufklärung der Liebknecht-Luxemburg-Affäre 1988, jetzt!

Im Jahr 1988 beschlossen Aktivisten der Unabhängigen Friedens- und Umweltbewegung der DDR erstmals, mit eigenen Plakaten an der von der SED organisierten Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 17. Januar teilzunehmen. Sie wollten damit demonstrieren, daß Freiheit, gemäß des Luxemburgspruchs, immer die Freiheit der Andersdenkenden ist.

Zahlreiche Bürgerrechtler, darunter Stephan Krawczyk und Vera Lengsfeld wurden am Rande der Demonstration, im Zuge der größten Massenverhaftung seit dem Volksaufstand 1953, inhaftiert. Andere Bürgerrechtler, die sich für ihre Freilassung einsetzten, wie Freya Klier, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Wolfgang und Lotte Templin sowie Ralf Hirsch, folgten am 25. Januar. Die Staatssicherheit der DDR, das wurde nach der Stasiaktenöffnung 1992 klar, führte einen „Enthauptungsschlag“ gegen die Bürgerrechtsbewegung aus. Sie plante, die führenden Bürgerrechtler hinter Gitter zu bringen. Sie ging so weit, Hochverratsprozesse anzudrohen.

Der Stasiplan ging nicht auf. Es entwickelten sich überregionale Proteste in einem in der DDR unbekanntem Ausmaß. In mehr als 30 Städten, darunter Berlin,

Leipzig, Dresden, Jena, Rostock, Meiningen, fanden allabendlich Protestveranstaltungen statt. In Berlin waren die in der DDR akkreditierten Westjournalisten dabei.

Der politische Druck wurde so groß, daß Partei- und Staatschef Honecker auf einer eigens einberufenen Pressekonferenz versprach, daß alle inhaftierten Bürgerrechtler bis zum 7. Februar 1988 entlassen werden würden.

Die Entlassung erfolgte nicht sofort, weil die Staatssicherheit den Maßnahmeplan „Heuchler“, die Abschiebung der Bürgerrechtler in den Westen, ins Werk setzte.

Die Hintergründe dieser Massenabschiebung sind bis heute ungeklärt, obwohl so bekannte Persönlichkeiten wie Linke-Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi und der Ex-Ministerpräsident von Brandenburg, Manfred Stolpe, an der Abschiebung mitwirkten.

Es war der Wunsch der viel zu früh verstorbenen Bärbel Bohley, Licht in das Dunkel der bis heute ungeklärten Affäre zu bringen. Die Unterzeichnenden setzen sich dafür ein, daß dieses Vermächtnis von Bärbel Bohley erfüllt wird. Wir

Geld ist eine Form der Energiespeicherung.

John Culkin

Getreu dem Energieerhaltungssatz wandeln wir es um in eine Zeitung.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

appellieren an die politisch Verantwortlichen, nicht länger hinzunehmen, daß sich Politiker wie Gregor Gysi ungehindert in Schweigen hüllen und die nötige Aufklärung behindern können.

Bis heute müssen sich die Betroffenen mit der SED-Lesart der Ereignisse auseinandersetzen, wenn z.B. in Wikipedia behauptet wird, die Inhaftierten wären auf „eigenen Wunsch“ oder auf „Anraten ihrer Anwälte“ in den Westen gegangen.

Mit der Abschiebung namhafter Bürgerrechtler wollte die Staatssicherheit einen Keil in die Bürgerrechtsbewegung treiben, was ihr aber auf die Dauer nicht gelang.

Heute muß man die Massenverhaftung und die nachfolgenden Proteste als Auftakt der Friedlichen Revolution 1989 ansehen. Was fehlt, ist die Aufklärung dessen, was zur Abschiebung der Bürgerrechtler geführt hat und wer verantwortlich dafür war.

Wir fordern diese Aufklärung jetzt ein!

Ralf Hirsch, Freya Klier, Stephan Krawczyk, Vera Lengsfeld, Wolfgang Templin

„Lassen Sie ab von der Hetze gegen Israel“

Neben seinem Widerstand gegen die kommunistische Diktatur in der DDR hat sich der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, schon früh für eine Aussöhnung mit Israel und für ein besseres Verständnis der Situation des Staates Israel stark gemacht. Das brachte ihm in der DDR vielfältige Repressionen ein.

Bereits während seiner Haftzeit setzte er sich in einer Diskussion über den Sechstagekrieg 1967 für das Existenzrecht Israels ein, woraufhin ihm die vorge-sehene vorzeitige Haftentlassung gestrichen wurde. Bis heute ist Rainer Wagner in der kirchlichen Aufarbeitung des Antisemitismus tätig. So hat er auch für über 1000 Menschen Studienreisen nach Israel organisiert und begleitet.

1981, als Prediger in der DDR, schrieb er an den Fernseh-Ideologen Karl-Eduard von Schnitzler den folgenden Brief.

3504 Tangermünde, den 11.8.1981
Rainer Wagner / Prediger
Albrechtstraße 15

Werter Herr v. Schnitzler!

Wenn ich auch nicht zu den regelmäßigen Zuschauern Ihrer Sendung „Der Schwarze Kanal“ gehöre, entschloß ich mich doch zu diesem Brief. Jemand der meint, seine meist giftigen Bemerkungen in den Äther schicken zu sollen, zeigt selbst wessen Geistes Kind er ist.

Nun ist mir aber an Ihnen eine Sache auf-gefallen, vor der ich Sie warnen möchte. Ich meine Ihre Ausfälle gegen Israel.

Gott hat sich solche Angriffe gegen sein Volk noch nie bieten lassen. Zwar durf-ten die Feinde Israels immer eine ganze Zeit gewähren (Babylon 70 Jahre, Hitler 12 Jahre usw.), aber zum Schluß kamen sie alle um. Alle großen Antisemiten oder wie sie sich heute nennen Antizionisten haben schon lange ihren Platz in der Hölle sicher. Die Bibel sagt: Wer Israel antastet, der greift Gottes Augapfel an.

Sie sagen, es gehe nicht um eine Ras-sen- sondern um Klassenfragen. Dies ist nicht wahr. Antisemitismus war nie eine Klassenfrage. Der Judenhaß traf jüdische Arbeiter, Geschäftsleute und Kapitalisten.

Es geht hier um den Kampf der Gottlosen Menschheit gegen Gott. Ich rate Ihnen: Lassen Sie ab von der Hetze gegen Israel.

Unser Volk hat 6 Mill. Juden umgebracht. Wollen Sie noch mehr Fluch über unser Land bringen, als Gott uns schon aufge-legt hat?

Wer hat sich in der Hitlerzeit an den Juden schuldig gemacht? Das waren nicht irgendwelche Kapitalisten. Das war der Pöbel, der 1938 mit der Kri-stallnacht damit begann. Das waren Schreiberlinge, die das Volk aufhetzten. Das waren Millionen Soldaten, die auf Hitlers Befehl unsere Nachbarländer überfielen und der SS den Weg frei machten. Deutschland hat dafür mit Recht eine harte Strafe erhalten. Wie kann man als Deutscher, der damals zwar im Ausland war, aber dessen Ver-wandte doch nicht alles Antifaschisten waren, erneut gegen dieses gepeinigte Volk hetzen?

Ich glaube nicht, daß mein Brief auf Sie viel Wirkung haben wird. Wenn ich es richtig einschätze, könnte ich dadurch sogar noch Nachteile haben. Aber ich meine, daß wenigsten einige aus dem Volk, das soviel Judenblut an den Hän-den hat wie das unsere, für Israel Partei ergreifen sollen.

Wenn Sie auch nicht an Gott glauben, so ist er doch eine Realität. Er überhört nicht was Sie im Fernsehen von sich geben.

Rainer Wagner

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Lernen hinter Gittern

Seit 1945 bis zum Ende der DDR war der An-teil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den politischen Häftlingen hoch. Diese jungen Menschen hätten eigentlich ihre Aus-bildung fortführen müssen, waren nun jedoch davon ausgeschlossen.

Eher am Rande berichten Zeitzeugen immer wieder, daß sich auf Sälen und in Zellen heimlich Gruppen bildeten, in denen Experten irgendeiner Fachrichtung (jungen) Mitgefangenen ihr Wissen vermittelten. Das reichte von Naturwis-senschaften, Fremdsprachen Geschichte über Literatur, Philosophie, Notenlesen, Gedichte, Lieder bis zu Kochrezepten oder auch Fähigkei-ten wie Sticken, Stricken und Nähen.

Manche Häftlinge haben sich, wenn sie Bücher ausleihen durften, auch allein mit bestimmten Wissensgebieten befaßt.

In Einzelfällen haben Gefangene marxistisch-leninistische Schriften studiert, um ihre Verneh-mer in Argumentationsnot zu bringen. Bisher ist ein Fall bekannt, in dem ein Häftling seine Zellenkameraden in Widerstandsstrategie ge-gen die Vernehmer unterwiesen hat.

Dieser Teil der Haftgeschichten soll nicht ver-lorengelassen! Das heimliche Lernen in Haft ist ein Zeichen von Stärke und Findigkeit, auch in scheinbar aussichtsloser Situation die mensch-liche Würde zu bewahren.

Die Redaktion sammelt Zeitzeugenberichte zum Thema „Lernen hinter Gittern“ für eine spätere Veröffentlichung im „Stacheldraht“ und wird die Berichte anschließend (auf Wunsch der Zeit-zeugen) auch einem Archiv übergeben.

Bitte erinnern Sie sich!

In welcher Zeit, an welchen Haftorten haben Sie etwas gelernt (von Mithäftlingen oder durch eigene Beschäftigung)?

Haben Sie selbst etwas gelehrt?

Erinnern Sie sich an Fälle heimlichen Lernens in Haft bei anderen?

Kennen Sie Erzählungen von Angehörigen oder Freunden darüber?

Jeder Hinweis ist willkommen.

Bitte schriftlich an:
Redaktion „Der Stacheldraht“, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
(In Einzelfällen ist nach Absprache auch ein telefonischer Bericht möglich, Tel. 030–55 77 92 30.)

Der Kalksteinbruch wartete schon

Am 14. Dezember 2012 wurden am Uferwanderweg im ehemaligen Gelände der Haftanstalt Berlin-Rummelsburg zwei Text- und Bildtafeln enthüllt. Günter Toepfer, ehemaliges Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, der selbst als politischer Häftling in Rummelsburg inhaftiert war, hielt die folgende Ansprache.

Wo ich heute stehe, habe ich vor 50 Jahren gegessen. Ich bin kein selbsternannter Experte für repressierte Gruppen, ich bin der einzige Zeitzeuge, der heute hier sprechen wird.


Wenn wir heute zwei Stelen an diesem Ort des Leidens, an diesem Ort der Verzweiflung und an diesem Ort der Erniedrigung aufstellen, so tun wir es für einen Zeitraum von 135 Jahren. Ja, es wurde wirklich Zeit. Es mußten 23 Jahre vergehen, ehe endlich in Lichtenberg im vergangenen Jahr die politischen Verhältnisse sich so änderten, daß wir heute hier zur Einweihung stehen können. In den 40 Jahren der Arbeiter- und Bauern diktatur vermochte die SED es nicht, z.B. der sogenannten asozialen oder vermeintlich Asozialen zu gedenken. Danach schaffte es die SED/PDS und nun „Die Linke“ nicht eine Gedenktafel aufzustellen. Ich erinnere mich noch der verbalen Auseinandersetzungen bei der Textformulierung. Mit dem Ende des sogenannten Dritten

Reiches endete das Thema der Asozialen nicht, und auch ich war der Bedrohung, als asozial und arbeitsscheu zu gelten, ausgesetzt. Nach meiner Haftentlassung hat kein Amt mich bei der Arbeitssuche unterstützt, kein Betrieb wollte mich einstellen, und das Arbeitslager „Kalksteinbruch Rüdersdorf“ wartete schon auf mich. Das war nicht nur meine Perspektive, sondern bei vielen Politischen so. Wir wurden vom Staat gezielt in Richtung Asozialität gedrängt. Die Anklageschrift und das Urteil wurden uns nicht ausgehändigt, so konnten wir später niemals beweisen, daß wir nicht Kriminelle oder Kinderschänder waren. Erst mit dem Zusammenbruch der DDR habe ich über die Stasiunterlagen-Behörde nach 28 Jahren meine Anklageschrift, mein Urteil, die Briefe meiner sich sorgenden Mutter und meinen Brief an meine Mutter, den sie nie erhielt, bekommen.

Ich brauche von niemandem eine Belehrung, und schon gar nicht von denen, die

den Tätern nahestehen, was Freiheit bedeutet. Das kann man nur begreifen und wertschätzen, wenn man Unfreiheit physisch und psychisch erleben mußte.

Nach 192 Tagen Isolationshaft in der Magdalenenstraße und in Hohenschönhausen dachte ich bei der Ankunft in Rummelsburg das Schlimmste hinter mir zu haben. Wie irrte ich mich doch [...]. In einer Zelle im Haus 2, die vermutlich heute Küche oder Kinderzimmer ist, erwarteten mich acht erwachsene Männer in dreistöckigen Etagenbetten (ein Mörder, ein Totschläger, ein Häftling mit offener Tbc, der immer auf der Pritsche liegen durfte und schon 15 Jahre Knasterfahrung wegen Diebstahls hatte).


Während es an anderen Orten seit Jahren schon Erinnerungsstätten gibt, wie z. B. im Nachkriegs-KZ Sachsenhausen, im Lager Buchenwald (nur 89 Tage außer Betrieb) in Ketschendorf, im „Gelben Elend“ in Bautzen und im Frauengefängnis in Hoheneck, erinnern wir heute und hier und jetzt mit der Enthüllung an ein Kapitel Nachkriegsgeschichte, wo sich doch nichts wiederholen sollte. Aber seien sie gewiß, die Verhinderer bleiben in unserem Bewußtsein. 

Ehrung für Pfarrer Fischer

(sbm) Der langjährige Pfarrer der Evangelischen Versöhnungsgemeinde in Berlin-Wedding, Manfred Fischer, wurde am 12. März 2013 für sein Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, überreichte ihm die Auszeichnung. Der Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Prof. Dr. Axel Klausmeier, sagte: „Daß sich in der Bernauer Straße heute die Gedenkstätte Berliner Mauer befindet, ist ganz wesentlich das Werk von Manfred Fischer. Und es ist in erster Linie seinem unermüdlichen Einsatz zu verdanken.“

Seit 1990 hat er als Motor der Gedenkstätte in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um den Erhalt der Berliner Mauer an der Bernauer Straße gekämpft und die Errichtung einer Gedenkstätte vorangetrieben. Er hat hartnäckig und gegen alle ökonomischen Bedenken den Neubau der Versöhnungskapelle als besonderes Zeichen im Dreiklang von Gedenkstätte, Dokumentationszentrum und Kapelle konzipiert und durchgesetzt. Die von ihm initiierten Opferandachten haben seit dem 13. August

2006 eine völlig neue, eindrucksvolle und erfolgreiche Form des Opfergedenkens etabliert.“ In der im Jahr 2000 eingeweihten Kapelle der Versöhnung, die

auf den Fundamenten der gesprengten Kirche errichtet wurde, finden regelmäßig Andachten im Gedenken an die Todesopfer an der Berliner Mauer statt. 

Eröffnung in Cottbus



Foto: Sylvia Wähling

Rund 100 Besucher kamen zur Eröffnung der Zeitzeugenzelle in die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus am 20. Februar 2013. In dieser Zelle drücken zahlreiche ehemalige Häftlinge mit Mitteln der Kunst, in Interviews oder handschriftlich Gedanken und Gefühle über ihre Haftzeit in Cottbus aus. Die Herrichtung der Zeitzeugenzelle wurde mit Mitteln der Bundesstiftung Aufarbeitung realisiert. Sie ist während der Öffnungszeiten der Gedenkstätte dienstags bis freitags von 10.00 bis 16.00 Uhr zu besichtigen. (Ausführlicher Bericht in der nächsten Ausgabe)

„Vergangenheit, die nicht vergehen will“

5. Hohenschönhausen-Forum: Die Aufarbeitung des Kommunismus als europäische Aufgabe

Für die gemeinsame Tagung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und der Konrad-Adenauer-Stiftung wurden am 7. November 2012 namhafte Experten aus dem In- und Ausland zusammengebracht, um über die Aufarbeitung des Kommunismus als europäische Aufgabe zu diskutieren. Obwohl bereits mehr als zwei Jahrzehnte seit dem Sturz der kommunistischen Diktaturen vergangen sind, wurden viele der damals begangenen Verbrechen noch nicht wirklich aufgearbeitet. Die Täter blieben in der Regel ungestraft, die Funktionäre bekleiden oft auch in der nachfolgenden Demokratie wichtige Positionen und die Opfer wurden nur unzureichend entschädigt. Es drängt sich somit die Frage auf, ob Europa bei der Aufarbeitung des Kommunismus versagt hat. Diese und andere Fragestellungen, wie z.B. der Stand der juristischen Aufarbeitung oder der personellen Erneuerung, wurden auf der Tagung diskutiert, um in Bezug auf eine gesamteuropäische Erinnerungskultur gemeinsam Vorschläge und Visionen zu entwickeln.

In seiner Begrüßung betonte Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, daß eine Europäisierung der Aufarbeitung nötig sei. Denn nur, wenn man auch die anderen kommunistischen Regime im Blick habe, kön-

ne man die wirklichen Dimensionen der kommunistischen Verbrechen erkennen. Knabe bedauerte, daß die Aufarbeitung überwiegend national geprägt sei und es keine gemeinsame europäische Herangehensweise an wesentliche Fragestellungen, wie beispielsweise die Bestrafung der Täter, gebe.



Stéphane Courtois: Ein Nürnberger Tribunal wäre richtig gewesen.

Historiker Stéphane Courtois resümierte in seinem Auftaktvortrag die Lasten des Kommunismus in Europa oder, wie er sie umschrieb, die „Vergangenheit, die nicht vergehen will“. Er zeigte sich wenig überrascht, daß angesichts der teilweise verherrlichenden Erinnerung an die Zeit des Kommunismus die Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen auf Widerstände stoße. Er selbst habe dies auch bei der Veröffentlichung seines Schwarzbuchs des Kommunismus erlebt. Insgesamt zog Courtois in Bezug auf die Aufarbeitung des Kommunismus in den verschiedenen Ländern eine sehr gemischte Bilanz und bedauerte, daß es in Europa versäumt worden sei, eine externe Instanz, ähnlich dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, für die Ahndung der Verbrechen einzurichten.

Daß die juristische Aufarbeitung des Kommunismus nur unzureichend geleistet worden ist, bestätigten die Experten des ersten Panels. So kritisierte Christoph Schaeffgen, Generalstaatsanwalt a.D., daß es in Rußland, dem „Mutterland des Kommunismus“, keinerlei strafrechtliche Ahndung gegeben und sie sich in den übrigen Ländern zumeist auf Tötungsdelikte beschränkt habe, während alle anderen Verbrechen ausgeklammert worden seien. Oberstaats-

anwalt a.D. Hans-Jürgen Grasmann referierte anschließend über die Aufarbeitung des SED-Unrechts in Deutschland und kam zu dem Schluß, daß auch „die gesamte strafrechtliche Aufarbeitung in Deutschland nach der Diktatur der SED unbefriedigend gewesen“ sei. Der Rechtswissenschaftler Frank Meyer ging in seinem Vortrag der Frage nach, ob eine externe Instanz wie ein internationaler Gerichtshof eine Alternative zur nationalen Aufarbeitung auf juristischer Ebene darstellen könnte. Auch er vertrat die Meinung, daß die kommunistischen Verbrechen völlig unbefriedigend aufgearbeitet worden seien. Allerdings zeigte er sich eher skeptisch in Bezug auf die Möglichkeiten einer internationalen Rechtsprechung. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag sei nur für Straftaten zuständig, die nach dem 1.7.2002 begangen wurden. Es müßte also eine neue Instanz geschaffen werden, die zudem lediglich die nach Völkerrecht verbotenen Taten wie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden könne. Am ehesten könne er sich ähnlich wie in Kambodscha ein „hybrides“ Tribunal vorstellen, das mit nationalen und internationalen Richtern besetzt ist, aber nach dem jeweiligen nationalen Strafgesetzbuch urteilt. Meyer sieht derzeit jedoch nicht den politischen Willen, eine solche Instanz einzurichten, obwohl Art. 2 des EU-Vertrages durchaus Möglichkeiten bieten würde, gegen einzelne Länder vorzugehen, wenn sie gegen die europäischen Werte verstößen. Den fehlenden politischen Willen dazu führte Meyer darauf zurück, daß die Dimensionen der kommunistischen Verbrechen noch immer nicht ausreichend wahrgenommen würden.

Im zweiten Panel wurde der Prozeß der personellen Erneuerung nach dem Ende des Kommunismus exemplarisch analysiert. Als Beispiel wurde unter anderem das Land Brandenburg herangezogen. Der Politikwissenschaftler Jerzy Maćków gewann aus empirischen Studien die Erkenntnis, daß in den meisten Staaten kein ausgeprägter Elitenwechsel stattgefunden habe. Er leitete seinen Vortrag deshalb mit den Worten „den alten Eliten geht es gut“ ein und stellte die These auf, daß ein zu starker Elitenwechsel für den Aufbau einer Demokratie auch nicht notwendig sei. Die ehemalige Vorsitzende der Brandenburger CDU, Saskia

In eigener Sache

Von der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 7 auf 19 Prozent des Presseversands bei der Deutschen Post ist auch „der Stacheldraht“ betroffen. Jährlich müssen wir 4500 Euro zusätzliche Eigenmittel aufbringen. Mit Einsparungen allein ist dies nicht zu leisten. Deshalb bitten wir alle Leserinnen und Leser herzlich, unsere Zeitschrift zu unterstützen. Bitte spenden Sie großzügig, damit auch weiterhin die regelmäßige Information der ehemaligen Verfolgten, ihrer Angehörigen, politischer Entscheidungsträger und Interessierter gesichert ist.

Konto: BSV-Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01
BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Vielen Dank!

Die Herausgeber/Die Redaktion

Ludwig, analysierte demgegenüber die Situation in ihrem Bundesland, das oft als „die kleine DDR“ bezeichnet wird. Ludwig kritisierte, daß es den alten Eliten in Brandenburg gelungen sei, die Politik an sich anzupassen – statt umgekehrt sich selbst an die neuen demokratischen Gegebenheiten anzupassen. Bis heute gebe es große personelle Kontinuitäten in der Politik und im öffentlichen Dienst. Ludwig schlußfolgerte, daß in Brandenburg „Stasi-Belastungen vielen Karrieren nicht geschadet haben“. Für sein Heimatland Lettland zeichnete Valters Nollendorfs ein ähnliches Bild, auch dort gebe es große personelle Kontinuitäten, da die Lustration „zu wenig, zu spät und zu schüchtern“ ausgefallen sei. In Lettland setze man deshalb große Hoffnungen in die nächste, stärker europäisierte Generation, der es hoffentlich gelinge, die Geister der kommunistischen Vergangenheit endgültig loszuwerden. Göran Lindblad, ehemaliges Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der 2006 eine wegweisende Resolution dieses Gremiums über die Aufarbeitung des Kommunismus auf den Weg gebracht hat, forderte in diesem Zusammenhang die Europäische Union dazu auf, mehr Druck auf die einzelnen Mitgliedstaaten auszuüben. Seiner Meinung nach seien eine Aufarbeitung und der damit verbundene Elitenwechsel in Ost- und Mitteleuropa möglich, wenn die Europäische Union den entsprechenden politischen Willen zeigen würde.

Im Abschlußpanel stand die Frage nach der Entwicklung einer gesamteuropäischen Erinnerungskultur im Zentrum der Diskussion. Die Experten waren sich einig, daß von Rußland, dem Mutterland des Sozialismus, auch in naher Zukunft



Fotos: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Podiumsgespräch über die juristische Aufarbeitung des Kommunismus.

kein wichtiger Beitrag in Bezug auf die Aufarbeitung des Kommunismus zu erwarten sei. Statt die Verbrechen aufzuarbeiten, finde vielmehr eine gegenläufige Entwicklung statt, nämlich eine zunehmende Verherrlichung der kommunistischen Diktatur. Der Kulturwissenschaftler Wolfgang Schlott sprach in diesem Zusammenhang sogar von einer „Restalinisierung“. Hubertus Knabe ergänzte, daß er in Rußland nur ein sehr geringes Bewußtsein für die Dimension der im Namen des Kommunismus verübten Verbrechen erkennen könne. Dies treffe allerdings auch auf Deutschland und die weiter westlich gelegenen, von der kommunistischen Gewaltherrschaft nicht unmittelbar betroffenen Länder zu, in denen die meisten Menschen von Magadan oder Workuta, zwei grausamen Straflagern des Archipel Gulag, noch nie etwas gehört hätten. Wie Lindblad sieht auch Knabe die europäischen Institutionen gefordert, die sich jedoch bereits damit schwer täten, Resolutionen zu verabschieden, in denen die Opfer des Kom-

munismus gewürdigt werden. Hildigund Neubert, Thüringer Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, hatte zuvor schon betont, daß gerade der Umgang mit den Opfern wichtig für die Schaffung einer europäischen Erinnerungskultur sei und daß diesbezüglich auch in Deutschland noch großer Nachholbedarf bestehe. Auch hierzulande sei es noch nicht gelungen, die Opfer und ihren Beitrag zur Durchsetzung der Demokratie zu würdigen. Die Verfolgten würden vielmehr bis in die Gegenwart auf ihre Rolle als Ausgegrenzte und Marginalisierte fixiert und damit erneut zu Opfern gemacht. Viele Betroffene lehnten deshalb die Bezeichnung „Opfer“ für sich ab, da im deutschen Sprachgebrauch damit etwas Negatives und Passives assoziiert werde. Wenn es dagegen gelingen würde, ein gesellschaftliches Bewußtsein zu schaffen, das die Opfer würdigt, hätte dies aus der Sicht von Neubert auch unmittelbare Auswirkungen auf die Rehabilitierung und die Anerkennung von Folgeschäden sowie für die Aufarbeitung insgesamt. Während der Historiker Jan Pauer die Aufarbeitung primär als nationale Angelegenheit einstufte, waren sich die anderen Experten einig, daß dies als übergreifende, europäische Aufgabe zu betrachten sei. Zum einen gebe es viele Themen, die gemeinsam aufgearbeitet werden müßten, wie beispielsweise die Führungsrolle des KGB für die Geheimpolizeien in den anderen kommunistischen Staaten oder der Antifaschismus als Schutzideologie des Kommunismus. Zum anderen sei die europäische Perspektive sehr wichtig, um die tatsächliche Dimension der Verbrechen des Kommunismus zu erkennen und ein gesellschaftliches Bewußtsein dafür zu schaffen.



Diskussion auch im Publikum.

Traumasensibles Yoga bei „Gegenwind“

Traumasensibles Yoga ist eine sehr sanfte Art des Yoga und ist speziell für die Bedürfnisse traumatisierter Menschen modifiziert. Es beinhaltet eine Kombination aus Körperübungen, Atemübungen und Entspannung. Für eine Teilnahme sind keine Vorkenntnisse oder besonderen körperlichen Voraussetzungen notwendig.

Inhalt und Ablauf einer Yogastunde:

- Die Atemübungen bestehen anfangs hauptsächlich aus Atemwahrnehmung und werden langsam erweitert.
- Die Übungen sind einfach strukturiert

und fördern eine positive Wahrnehmung von Körper und Psyche.

- Die Stärkung des ganzen Körpers wird schrittweise aufgebaut.
- Die Entspannungsphasen werden angeleitet und den Bedürfnissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer angepaßt.
- Es besteht eine grundsätzliche Freiwilligkeit, bei den angebotenen Übungen mitzumachen.

Die Yogastunde findet ca. 14tägig donnerstags, von 15.30 Uhr bis 16.45 Uhr statt und wird von Alexandra Evers geleitet.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an die Beratungsstelle Gegenwind, Bredowstraße 36, 10551 Berlin-Moabit, Tel. (030) 39879811/12, Fax (030) 39879813; die telefonischen Sprechzeiten sind montags, dienstags und donnerstags von 9.00 bis 12.00 Uhr; E-Mail kontakt@beratungsstelle-gegenwind.de

Bitte bringen Sie bequeme Kleidung und ein Handtuch mit, eventuell eine Decke für die Abschlußentspannung und falls vorhanden eine Isomatte oder Yogamatte.

Beratungsstelle Gegenwind

Jahresgedenkveranstaltung Fünfeichen

Die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen lädt ein zu ihrer Jahresgedenkveranstaltung am **27. April 2013**.

Ort: Hochschule Neubrandenburg

9.30 Uhr – Vorführung der neuen DVD „Wir haben nur ans Überleben gedacht“. Fünfeichen und Sibirien, im Hörsaal 1 der Hochschule

10.00 Uhr – Imbiß

10.30 Uhr – Eröffnung und Begrüßung, Dr. Rita Lüdtkke

– Kulturprogramm mit dem

Neubrandenburger Volkschor e.V.

– Gedenkansprache des Oberbürgermeisters der Stadt Neubrandenburg, Dr. Paul Krüger

– Grußworte der Gäste

– Vortrag zum Thema

„Die Lager von Fünfeichen“,

Dr. Natalja Jeske, Historikerin

– Informationen, Dr. Rita Lüdtkke

ca. 12.00 Uhr – Mittagessen

Ort: Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen

14.00 Uhr – Kranzniederlegung mit Musik eines Trompeters des Wehrbereichsmusikkorps 1 auf dem oberen Gräberfeld der Kriegsgefangenen (Fläche zwischen Glockenturm und Denkmal)

– Glockengeläut begleitet den Weg zum südlichen Gräberfeld

ca. 14.30 Uhr – Gedenkfeier mit ökumenischem Gottesdienst und Kranzniederlegung am südlichen Gräberfeld mit

musikalischer Begleitung des Wehrbereichsmusikkorps 1

– Eröffnung und Begrüßung,

Dr. Rita Lüdtkke

– Rezitationen der Schüler des Lessing-Gymnasiums

– Gedenkansprache des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering

– Ansprache des ehemaligen Häftlings Prof. Dr. Heinz Decker

– Ökumenischer Gedenkgottesdienst

– Schlußworte, Dr. Rita Lüdtkke

Anmeldungen bitte bei Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, Dr. Rita Lüdtkke, Hopfenstr. 5a, 17034 Neubrandenburg, Tel. (03 95) 566 70 14

„Der Schrei nach Freiheit – Der 17. Juni 1953 in Thüringen“

Zum diesjährigen 60. Jubiläum des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 zeigt die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße die Ausstellung „Der Schrei nach Freiheit – Der 17. Juni 1953 in Thüringen“ der Stiftung Ettersberg. Der Fokus der Ausstellung liegt auf den

Ereignissen im heutigen Freistaat, als es am 17. Juni 1953 in 107 thüringischen Städten und Gemeinden zum Aufbruch kam. Die Wanderausstellung ist bis zum 14. April 2013 zu sehen in der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt Andreasstraße.

zum Preis von 2,- Euro am Ausstellungsort erhältlich.

Ort: Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Andreasstraße 37 a, 99084 Erfurt
Öffnungszeiten: dienstags und donnerstags von 15.00 bis 18.00 Uhr, sonntags von 10.00 bis 16.00 Uhr; der Eintritt ist frei

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet 3 Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Die Ausstellung beschreibt auf 21 Schautafeln die Ereignisse in der SBZ und DDR, die zum Aufstand am 17. Juni führten, ordnet sie in den zeitgeschichtlichen Rahmen ein und beleuchtet ausführlich den Verlauf des Volksaufstandes in den drei ehemaligen Thüringer Bezirken Erfurt, Gera und Suhl.

Ergänzend zur Ausstellung wurde ein Katalog erarbeitet, der sämtliche Texte und Dokumente der Ausstellung enthält. Er ist

Heimkinder Ost!

„Zur Problematik der Antragsstellung Fonds Heimerziehung in der DDR“ heißt die Veranstaltung des BSV-Fördervereins und des BSV-Landesverbandes Berlin-Brandenburg am Dienstag, dem 9. April 2013.

Referentin: Kerstin Kuzia, anschließend Gesprächsrunde, Moderation: Elke Weise.

Ort: Stasi-Museum, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Raum 614.

Gedenkveranstaltung in Malchow

Der Malchower Freundeskreis lädt ein zur diesjährigen Gedenkfeier für die Opfer der „Malchower Werwolftragödie 1945/46“ und zum Jahrestreffen 2013 der ehemaligen jugendlichen Sowjethäftlinge 1945–1954. Herzlich eingeladen sind neben den Betroffenen auch die Hinterbliebenen, ihre Freunde und andere ehemalige Häftlinge. Die Veranstaltung findet am **4. und 5. Juli 2013** in Malchow statt.

Donnerstag, 4. Juli, 14.00 Uhr: Jahrestreffen in der „Werleburg“ (Haus des Gastes) Malchow, Bahnhofstraße. 5

Freitag, 5. Juli, 11.45 Uhr: Opfergedenken am Gedenkstein Gartenstraße 19, vor der „Villa Blanck“ (Ferienhaus der Familie Halbig); anschließend Einladung der Familie Halbig zum Gespräch bei Kaffee und Kuchen.

Wer Interesse an einer Teilnahme hat, melde sich bei: Horst Vau, Badeweg 7, 17033 Neubrandenburg, Tel./Fax (0395) 584 17 48, Handy (0173) 370 12 46, E-Mail jutta-vau@t-online.de

Malchower Freundeskreis

Egon Kunze und Richard Ciesilski

Die Gruppe „Onkel Kurt“, ein loser sächsischer Freundeskreis aus Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Freiberg, wurde schon gelegentlich in dieser Zeitschrift erwähnt. „Onkel Kurt“ ärgerte die SED, und die Stasi ärgerte zurück. Mehrere Mitglieder wurden deswegen eingesperrt. In diesem Jahr sind wieder zwei Mitglieder verstorben, vor einigen Monaten Egon Kunze, dann, Ende des Jahres 2012, Richard Ciesilski. Beide Freunde waren in der DDR habilitierte Hochschullehrer, denen die SED den Lehrstuhl verweigerte. Mehrere ihrer ehemaligen Studenten bekamen an ihnen vorbei die Professorenstellen. Selbstverständlich waren Dr. Kunze und Dr. Ciesilski nicht Mitglieder der SED. Kunze sah für seine Familie und sich nur die Möglichkeit der Flucht vor der drohenden Verhaftung. Im Westen bekam er nach kurzer Zeit die ihm, seiner Kompetenz wegen, zustehende Professur. Seinen politischen Verpflichtungen kam er dadurch nach, daß er Menschenrechtsorganisationen wie die Gesellschaft für Menschenrechte unterstützte. So mancher Student aus seinem ehemaligen

Institut profitierte davon. Richard Ciesilski wurde gleich nach dem Zusammenbruch des Regimes zum Professor ernannt. Er war der philosophische Kopf von „Onkel Kurt“. Studenten, die zu „OK“ gehörten, betrachteten ihn als ihren philosophischen Lehrer. Katholische Christen kannten ihn als Laienprediger, der seine Gottesdienste immer philosophisch anreicherte. Beide Herren kann man als die Personifizierung des Begriffs Pflichterfüllung verstehen. Sie waren Vorbilder für die akademische Jugend. Und gerade deswegen wurden sie von der Stasi gehaßt. „Onkel Kurt“ wurde philosophisch eingerahmt von Kurt, dem überzeugten Atheisten und noch mehr überzeugten SED-Gegner auf der einen Seite, und Richard Ciesilski, dem praktizierenden Katholiken, auf der anderen. Prof. Egon Kunze und Prof. Richard Ciesilski werden in die deutsche akademische Geschichte eingehen als Professoren, die sich in schlimmer Zeit nicht kaufen ließen. Vorbilder - so viele gibt es ja nicht. Jetzt sind es wieder zwei weniger.

Bernd Lippmann

Leserbrief

Späte Rehabilitierung und Entschuldigung

Ich erlebte schwierige Jahre einer Observierung durch die Staatssicherheit der DDR. Was ich mir nach all dem Leid wünschen würde, wäre eine Rehabilitierung und Entschuldigung seitens der Täter. Dabei denke ich vor allem auch an die Menschen, die durch Observierung in den Suizid getrieben wurden und natürlich auch an die, die traumatisiert an

den Spätfolgen von Observierung in der DDR leiden. Ich möchte einen Anstoß geben zum Nachdenken der Täter, für eine Entschuldigung gegenüber ihren Opfern, damit vor allem auch die Opfer eine moralische Genugtuung und ihren Frieden finden.

Michaele Schön, Berlin

Suchanzeigen

Suche nach einem PM 12

Das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. sucht für die neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte „Zuchthaus Cottbus“ einen „Vorläufigen Personalausweis für einen eingezogenen PA“, allgemein als PM 12 bekannt. Die Klappkarte soll Bestandteil der Ausstellung werden. Wir sind an einer befristeten oder unbefristeten Leihgabe interessiert. Wer uns helfen kann, wende sich an:

Sebastian Kulling M.A., Wiss. Mitarbeiter, Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, Bautzener Straße 140, 03050 Cottbus, Tel. (0355) 29 01 33-14, Fax (0355) 29 01 33-33

Cottbus

Gesucht wird Stephan Zimmer. Er war im Zeitraum 1978/79 in der Haftanstalt Cottbus. Bitte bei Peter Gründel melden, E-Mail peter@grundelmail.de

Wer erinnert sich?

Ehemalige Studentinnen aus Ballenstedt/Harz suchen Gerti Müller (geb.). Zuletzt gesehen in Pretzien bei Gommern/Sachsen-Anhalt.

Heidi Röhreich (geb. Kirchhoff), Im Winkel 8, 15741 Bestensee/Ortsteil Pätz, Tel. (033763) 20079

Haftkameradin

Mein Mann und ich waren 1986 in Berlin-Hohenschönhausen, anschließend in Bautzen II inhaftiert. In Hohenschönhausen war ich mit Renate Dziekanski in einer Zelle. Ich hatte noch etliche Jahre mit ihr Kontakt, seit ca. zwei Jahren nicht mehr. Ich weiß, daß sie 1986 in Hoheneck war und dann nach Hamburg zu ihrer Mutter ausreiste. Auch ihre beiden Söhne waren inhaftiert. Die Post an ihre Hamburger Adresse kommt mit dem Vermerk „unbekannt“ zurück. Wer Hinweise und Informationen hat, bitte an Renate Loge, Tel. (030) 432 26 93.

Zu jung, um schuldig zu sein

Begrüßung zu einer Buchvorstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung von **Dr. Anna Kaminsky**

Wieso eigentlich stellt die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die Erinnerungen von Helga Grebing vor? Hand aufs Herz, wer von Ihnen hat sich diese Frage gestellt, als die Einladung zum

und den gesundheitlichen Schäden, die auf die Lagerzeit zurückgehen. Die heute zumeist über 80-Jährigen sahen sich bis in jüngster Zeit immer wieder aufs neue dem Verdacht ausgesetzt, sie wären nach

be zum Führer, der der heranwachsenden Halbweisen zu einem „Kompaß, eine Art Gott-, Vater-, ältere Bruder-Figur“ geworden sei.

1945 aufgrund vermeintlicher NS-Belastung zu Recht interniert worden. Was für nicht wenige Speziallagerhäftlinge zutreffend gewesen sein mag und dennoch die menschenverachtenden Haftbedingungen nicht entschuldigen würde: Für jene, die als 15-, 16-, 17- oder 18-Jährige nach Sachsenhausen, Buchenwald oder Jamlitz verschleppt

Als 11-Jährige hatte sie – organisiert von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt – für sechs Wochen an die italienische Riviera reisen können, und im März 1942 wurde sie – aus ihrer Sicht endlich – auch eine kleine Führerin, BDM-Scharführerin und zugleich Standortführerin in Miersdorf für BDM und Jungmädel zusammen. Das Stauffenberg-Attentat empörte sie und im Februar 1945 wurde sie mit den anderen Führern der örtlichen NSDAP-Gliederungen zum Ortsgruppenleiter gerufen, der dazu aufforderte, den inzwischen als unvermeidlich angesehenen Einmarsch der feindlichen Truppen zu stören, zu sabotieren, als bewaffneter Werwolf im Untergrund zu wirken.

Wäre Helga Grebing im August 1945 in Miersdorf und nicht in Berlin gewesen, sie wäre verhaftet geworden. Und keinen NKWD-Offizier hätte es interessiert, daß sie sechs Monate zuvor den Mut aufgebracht hatte, dem NSDAP-Ortsgruppenleiter mit einem, wie sie schreibt, flauen Gefühl im Magen zu entgegnen: „Für uns Mädels hier im Ort kommt Werwolf nicht in Frage. Da machen wir nicht mit.“ Es hätte kein Verhör gegeben, in dem Helga Grebing hätte glaubhaft machen können, daß ihr Glauben an den Führer schon vor dem Einmarsch der Roten Armee längst Brüche bekommen, daß sie heimlich BBC gehört hatte und als „dienstverpflichtete“ Schreiberin in einer Maschinenbaufabrik begriffen hatte, daß die verhungerten russischen Zwangsarbeiter keine Untermenschen sind, sondern Menschen wie du und ich.

Man mag Verständnis dafür aufbringen, daß die sowjetischen Besatzungstruppen nach der Erfahrung des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges keinen Sinn für Graustufen und Zwischentöne hatten. Aber ebensolches Verständnis muß man für Hitlers letzte Kinder aufbringen, die – wie Helga Grebing schreibt – in den letzten Kriegsjahren „an der Schwelle zum Erwachsenensein“ gestanden hatten und deshalb „einerseits das Ende des ‚Dritten Reiches‘ - Zerstörung, Massenelend, sinnlose Fortführung des Krieges – mit klarem Verstand“ wahrgenommen hätten, an-



Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung

Helga Grebing bei der Buchvorstellung im Dezember 2012.

heutigen Abend ins Haus geflattert kam? Meine Damen und Herren, wir haben Sie heute Abend aus zwei Gründen in die Kronenstraße eingeladen. Erstens wollen wir Sie mit dem Abend dazu ermuntern, die Erinnerungen von Helga Grebing zu lesen. „Freiheit, die ich meinte“ sind sie überschrieben. Es lohnt sich! Zweitens, möchten wir mit der Veranstaltung den wenigen heute noch lebenden Frauen und Männern ein Stück Gerechtigkeit widerfahren lassen, die nach 1945 in Ostdeutschland oft für Jahre unter unmenschlichen Bedingungen in sowjetischen Speziallagern eingesperrt waren. Diese Menschen leiden bis heute nicht nur an ihren traumatischen Erfahrungen

wurden, trifft ein solcher Vorwurf nicht zu. Sie büßten Verbrechen, für die nicht sie, sondern ihre Elterngeneration die Verantwortung trug. Sie blieben noch lange eingesperrt, als selbst die Sowjets längst erkannt hatten, daß es einen Werwolf nie in nennenswerter Form gegeben hat, daß Zehntausende Lagerinsassen in den Lagern einsaßen, die sich im Nationalsozialismus keiner Verbrechen schuldig gemacht haben.

Was hat dies nun mit Helga Grebing zu tun, mögen Sie sich fragen? Diese Frage läßt sich leicht beantworten: Es war dem puren Zufall geschuldet, daß Helga Grebing im August 1945 der Verhaftung durch die Sowjets entging. Sie war zur richtigen Zeit am falschen Ort. In Berlin und nicht in Miersdorf bei Zeuthen im Südwesten der zerstörten Reichshauptstadt. Denn sie fiel 1945 mit ihrer noch jungen Biographie in das Beuteschema der sowjetischen Geheimpolizei.

Am 27. Februar 1930 in Berlin-Pankow geboren, zählte sie zu Hitlers letzten Kindern. Sie war wie die meisten ihrer Altersgenossinnen mit zehn Jahren Jungmädel im Bund Deutscher Mädels geworden, hatte Fotos von Fliegerhelden wie Werner Mölders gesammelt, die Rangabzeichen der deutschen Wehrmacht gepaukt, für das Winterhilfswerk gesammelt. In ihren Erinnerungen beschreibt sie ihre Affenlie-

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Vlothoer Anzeiger...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Veranstaltungen

2.4. (Di), 19.00 Uhr:
Ester Koch – **Das Leben der Strafgefangenen Alexandra Dust-Wiese (1923–1995)**. Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5-7, 10178 Berlin

4.4. (Do), 20.00 Uhr:
„Ein Spaziergang war es nicht“. Kindheiten zwischen Ost und West. Lesung und Gespräch mit Anna Schädlich und Susanne Schädlich; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Kino Latücht, Große Krauthöfer Str. 16, 17033 Neubrandenburg

9.4. (Di), 15.00 Uhr:
Achtung Heimkinder Ost! „Zur Problematik der Antragstellung Fonds Heimziehung in der DDR“. Ref. Kerstin Kuzia, anschließend Gesprächsrunde, Mod. Elke Weise; Veranstaltung des BSV-Fördervereins und des BSV Berlin-Brandenburg; Ort: Stasimuseum, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Raum 614

9.4. (Di), 18.00 Uhr:
Mitgehört. Die „Funkabwehr“ der Stasi im Bezirk Suhl. Vortrag u. Gespräch mit Sascha Münzel, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Behördenzentrum, Amtsgericht Saal 202, Hölderlinstr. 1, 98527 Suhl

9.4. (Di), 19.00 Uhr:
Penck und Sitte – Verhinderte Kunst in der DDR; Ref. Dr. Jürgen Schweinebraden, Galerist u. Kunstwissenschaftler; Veranstaltung des DDR-Museums Berlin; Ort: DDR-Museum, Karl-Liebknechtstr. 1, 10178 Berlin, im Besucherzentrum Eingang St.-Wolfgang-Str. 2-3

9.4. (Di), 19.30 Uhr:
Die Frauen von Hoheneck. Zeitzeugengespräch mit Tatjana Sterneberg u. Regina Labahn; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin

11.4. (Do), 19.00 Uhr:
Eingesperrt im „Roten Ochsen“. Alltag in der Untersuchungshaft der Stasi in Halle. Vortrag u. Gespräch mit Justus Vesting, Historiker, Martin-Luther-Universität Halle; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadtmuseum Halle, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle

11.4. (Do), 19.30 Uhr:
Menschen im Übergang. Flucht, Migration und Integration gestern und heute. Podiumsdiskussion in der Reihe „60 Jahre Notaufnahmelager Marienfelde“; Veranstaltung der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

11.4. (Do), 20.15 Uhr:
„Via Knast in den Westen“. Das Kaßberg-Gefängnis und seine Geschichte. Buchpräsentation; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Thalia-Buchhandlung, Galerie Roter Turm, Neumarkt 2, 09111 Chemnitz

dererseits noch zu jung gewesen seien, „um im strafrechtlichen und moralischen Sinne schuldhaft in die Handlungen des nationalsozialistischen Terrorregimes verstrickt“ gewesen zu sein.

Es sind jene Passagen in diesem nur 170 Seiten zählenden Erinnerungsbericht, in denen Helga Grebing von der Sogkraft des Nationalsozialismus, aber auch von ihren wachsenden Zweifeln erzählt und von ihrer Suche nach politischer Orientierung im Nachkriegsdeutschland, die in ihrer unpräzisen Form berühren.

Noch ein paar Sätze zur Biographie Helga Grebings. Helgas Vater Franz war eines von acht Kindern. Nach einer Lehre zum Handlungsgehilfen wurde er 1917 eingezogen und nach der Grundausbildung zum Flieger ausgebildet. Nach der Demobilisierung arbeitete er als Maurer, bald als Bauführer, der mit 26 Jahren ein doppeltes Sakrileg beging, in dem er nicht nur eine Verlobung aufkündigte, sondern mit einer „Evangelischen“ anbandelte, mit Marta Schoen, der Mutter von Helga Grebing. Auf knapp drei Seiten beschreibt Helga Grebing eine glückliche Kindheit, schildert jenen „besten Vater der Welt“, der in seiner knappen Freizeit für seine Tochter da war und – ungewöhnlich für die damalige Zeit – sich nicht zu schade war, das Fläschchen selbst zuzubereiten.

Als die Nazis an die Macht gekommen waren, entschied sich die Familie fortan mit „Grüß Gott“ und nicht mit „Heil Hitler“ zu grüßen und trotz aller Bemühungen sozial aufzusteigen, hätten sie sich nie „in die volksgemeinschaftliche Kurve gelegt“. Im Rückblick konstatiert Helga Grebing über ihre Familie: „Sie waren alle keine Helden, wollten und konnten keine sein, blieben alle ‚unten‘ und anständig.“ Das private Glück nahm ein jähes Ende, als ihr Vater 1935 auf der Heimfahrt von der Arbeit mit dem Fahrrad von einem Autofahrer angefahren wird und an seinen Verletzungen stirbt. Für Helga Grebing endete das Kindheitsglück, blieben Verlustängste, die sie nie verlassen sollten.

Es ist keine schön erfundene Geschichte, sondern Helga Grebing kann es belegen, daß sie bereits im zarten Alter von acht Jahren in einer Notiz ihren Berufswunsch festhielt: Professorin wolle sie werden und ihre damalige Aufpasserin Inge Wutig sollte ihre Sekretärin sein. Daß sie Professorin damals „Prossor“ und Sekretärin mit zwei „r“ und zu vielen „e“ schrieb, mag man im Nachgang wohl nachsehen.

Da lacht der Klassenfeind

„Der Werkleiter ist in seinem Verhalten verändert. Er benutzt für die Kollegen keine Bezeichnungen aus dem Tierreich mehr.“

(Zitiert nach: Konjak, Deutsche Vita und der normale Hahn, BStU Halle 2010)

33 Jahre später sollte es soweit sein, im Juli 1971 wurde Helga Grebing in Frankfurt zur Professorin auf Lebenszeit berufen, weitere Stationen führten sie nach Göttingen und Bochum, wo sie 1995 emeritiert wurde.

Helmut Kohl, der wie Helga Grebing Jahrgang 1930 ist, hat in Bezug auf sich und seine Altersgenossen einmal von der „Gnade der späten Geburt“ gesprochen, eine Formulierung, die in den 1980er Jahren von politisch links stehenden Menschen angefeindet worden war und an die Helga Grebing in ihrem Buch zustimmend erinnert. Wie bereits an anderer Stelle zitiert, schreibt Helga Grebing den Jahrgängen 1929/30 zu, daß deren Vertreter einerseits das Ende des Dritten Reichs mit klarem Verstand erlebt und andererseits keine Schuld auf sich geladen hatten. Aus dieser Gnade schlußfolgert sie: „Deshalb lernten sie 1945 – wenn auch oft erst durch einen schmerzhaften Prozeß der Ablösung vom Nationalsozialismus – zu begreifen, daß sie sich gerade deshalb als mitverantwortlich für das Gelingen einer humanen Alternative zu verstehen hatten.“ Helga Grebing ist dieser Verantwortung mit ihrem wissenschaftlichen, politischen und sozialen Engagement auf beispielhafte Weise gerecht geworden.

(Die Bundesstiftung Aufarbeitung hat die Veranstaltung am 4. Dezember 2012 aufgezeichnet. Wer die Buchvorstellung von Dr. Anna Kaminsky in voller Länge und das von Dr. Ulrich Mähler mit Prof. Dr. Grebing geführte Gespräch nachhören will, findet den Audiomitschnitt unter <http://bit.ly/UjckWB>.)



Helga Grebing: *Freiheit, die ich meinte. Erinnerungen an Berlin*. Verlag für Berlin-Brandenburg 2012, 144 S., 19,95 €

„Besondere Bemühungen“

Schon die Großschreibung „Besondere“ zeigt, daß es sich um ganz spezielle Aktivitäten handelt, die in dem gleichnamigen dickleibigen Buch beschrieben werden. Etwa 800 Seiten zum Freikauf, das läßt erstaunen. Ist denn in den vielen Büchern und Artikeln zum Thema nicht schon alles gesagt? Bei nur oberflächlichem Interesse scheint das sicherlich inzwischen so, auch in dieser Zeitschrift wurden die Rahmenbedingungen schon geschildert. Fast jeder ehemalige DDR-Häftling weiß Grundlegendes darüber. Zum Beispiel, daß Freikauf „Freilassung“ bedeutete und nicht notwendig Entlassung in den Westen, daß Pauschalsummen verhandelt wurden, daß Freikauf amtlich anders hieß (nämlich „Besondere...“), und daß alle Parteien im Bundestag gleichermaßen an der Fortführung interessiert waren.

Das Buch jedoch bietet mehr. Es stellt eine Sammlung von bisher nicht veröffentlichten Dokumenten zum Freikaufgeschehen dar und bringt somit auf fast jeder Seite Neuigkeiten im Detail. Eine sehr wichtige und verdienstvolle Arbeit! Darüber hinaus wird die von Anfang bis Ende bestehende moralische Asymmetrie in dieser Sache deutlich: „Für die Bundesregierung war und blieb das Argument durchschlagend, daß man menschlich verpflichtet war, unschuldig inhaftierten Landsleuten zu helfen, auch wenn dies nur unter Bezahlung eines ‚Lösegeldes‘ möglich war“, schreiben die Herausgeber in der Einleitung. Von ehemaligen Akteuren aus den Reihen der SED und so manchem „DDR-Versteher“ im Westen hört man als Begründung für die hohen Geldsummen, daß die Ausbildungskosten entrichtet werden sollten. Nur, von einem Angebot der SED, die Menschen unter diesen Umständen gegen eine entsprechende Geldzahlung aus der „Staatsbürgerschaft“ zu entlassen, war nie die Rede. Unbewußt haben Dickel, Mielke & Co. mit „Entlassung“ damals genau das richtige Wort gebraucht. Die Dokumente aus dem Bereich des Gesamtdeutschen bzw. Innerdeutschen Ministeriums lassen in Verbindung mit MfS-Akten aus dem Bestand Volpert/Vogel eine vertiefte Beschäftigung mit dem Freikauf von Beginn an bis 1969 zu. Das erste im Buch abgedruckte Dokument stammt aus dem Jahr 1962 und

bezieht sich auf inhaftierte studentische Fluchthelfer, das letzte Dokument ist vom Dezember 1969. Ein zweiter Band, für die Jahre 1979-1989, ist vorgesehen.

Wenn dieser dem ersten Band ähnlich ist, werden zum Freikauf dennoch viele Fragen unbeantwortet bleiben. Es ist zu wünschen, daß solche Fragen zumindest genannt werden, vielleicht in einem Ergänzungsband. Setzt der Bundesnachrichtendienst seine begonnene Aktenöffnung fort, wird hoffentlich bald auch die Forschung in Sachen Freikauf davon profitieren. Ebenso gilt für den Verfassungsschutz und die Akten der alliierten Dienststellen. Aber auch die Aktenbestände der sowjetischen Geheimdienste dürften noch neue Informationen beinhalten. Die Akten des MfS sind, obwohl beim BStU vorhanden, zum Teil gesperrt. Da Freikauf und Agentenaustausch in engem sachlichen und sogar personellem Zusammenhang standen, ist diese Situation auch heute durchaus nachzuvollziehen. Die östliche Seite beharrte von Beginn an auf strikter Geheimhaltung, das Verfahren war auch beim MfS, also einer Geheiminstitution, angebunden. Akten des MfS zum Freikauf gibt es auch außerhalb des erwähnten Vogel-Bestandes. Vor allem im Hinblick auf das Einschleusen von MfS-Agenten in die Bundesrepublik sind solche Akten von Bedeutung. Zur Zeit wird dieser Einzelaspekt im Rahmen einer Doktorarbeit untersucht. Für den Nachfolgebund ist zu wünschen, daß die Liste der Kürzel und Code-Wörter soweit wie möglich vollständig wiedergegeben wird. Der Umfang rechtfertigt die Darstellung in einem eigenen Kapitel, nicht nur in Fußnoten. Erfreulich ist, daß falsche Schreibweisen in den Dokumenten in Fußnoten korrigiert werden, etwa der Fall Adolf Baier (S.663) oder der Anwalt Stange, der in den Akten häufig als „Stang“ geführt wurde. Für eine Neuauflage und für den zweiten Band ist zu wünschen, daß im einzelnen noch etwas genauer „drübergeschaut“ wird. Ein Haftkrankenhaus Neusdorf, um ein Beispiel (S.68) zu nennen, gab es nicht. Gemeint ist Meusdorf im Süden von Leipzig. Das Gesamtwerk ist selbstredend ein wichtiger Beitrag zur Erforschung deutscher Teilungsgeschichte. Es erweitert den Kenntnisstand zum Freikauf im Detail enorm, doch können auch künftige Historikergenerationen noch mit reichlich Material rechnen.

Bernd Lippmann

Veranstaltungen

12.4. (Fr), 18.00 Uhr:

Befragung – Überprüfung – Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlings in West-Berlin bis 1961. Buchvorstellung u. Diskussion mit dem Autor Keith Allen in der Reihe „60 Jahre Notaufnahmelager Marienfelde“; Veranstaltung der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

16.4. (Di), 19.00 Uhr:

Ulrich Kasten u. Hans-Dieter Schütt zeigen ihren Film **„Lenin. Drama eines Diktators“**. Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

18.4. (Do), 19.00 Uhr:

Die Macht der Kirchen brechen. Die DDR-Jugendweihe und die Stasi. Ref. Dr. Markus Anhalt, Kirchenhistoriker u. BStU-Mitarbeiter; Veranstaltung u. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

18.4. (Do), 19.30 Uhr:

Polittalent und Stasizuträger. Manfred „Ibrahim“ Böhme - ein rekonstruierter Lebenslauf. Lesung u. Gespräch mit Autorin Christiane Baumann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus, Amthordurchgang 9, 07545 Gera

21.4. (So), 10.00–17.00 Uhr:

Tag der offenen Tür. Thema „Überwachte Hoffnung“. Jugend und Geheimpolizei in der DDR. Mit szenischen Lesungen, Vorträgen, Gesprächen, Ausstellungen u.a.; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Außenstelle Rostock, Hohen Tannen 11, 18196 Waldeck/Dummerstorf

24.4. (Mi), 16.00 Uhr:

Jour fixe. Führung, Büchertisch, Gespräche; 18.00 Uhr: **Zeitzeugengespräch.** Mit Günter Martins, ehemaliger Häftling in der Leistikowstraße u. Gisela Kunze, Memorial Deutschland; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

25.4. (Do), 14.00–18.00 Uhr:

Besuchertag. Archivführungen und Bürgerberatung, Ausstellungen, Publikationen u. Informationsmaterial; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Seiteneingang C, Rieser Str. 7, 01129 Dresden

25.4. (Do), 14.15–20.00 Uhr, 26.4. (Fr), 9.00–14.45 Uhr:

Die mittelosteuropäischen Freiheitsbewegungen 1953–1989. Opposition, Aufstände und Revolutionen im kommunistischen Machtbereich. Konferenz d. Deutschen Gesellschaft, d. Bundesstiftung Aufarbeitung u. d. Collegium Hungaricum; Ort: Collegium Hungaricum, Dorotheenstr. 12, 10117 Berlin; Anmeldung ist erforderlich, per E-Mail dg@deutsche-gesellschaft-ev.de oder per Fax (030) 88 41 22 23, der Eintritt ist frei.

Elke-Ursel Hammer (Bearb.): *Dokumente zur Deutschlandpolitik. „Besondere Bemühungen“ der Bundesregierung.* Bd.1: 1962 bis 1969. Oldenbourg Verlag, München 2012, 818 Seiten, 84,80 €



Zum Staatsfeind erkoren

25.4. (Do), 19.00 Uhr:

Klassenkampf gegen die Bauern? Die SED-Landwirtschaftspolitik vor dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die Rolle der Sowjetunion. Vortrag u. Diskussion in der Reihe „Menschen unter Diktaturen“ mit Dr. Jens Schöne (LStU Berlin) u. Dr. Elke Scherstjanoi (IfZ München); Veranstaltung d. LAKD Brandenburg; Ort: Kunstspeicher Friedersdorf an der B 167, Frankfurter Str. 39, 15306 Vierlinden, OT Friedersdorf

25.4. (Do), 19.30 Uhr:

In der Reihe „Liebe in Zeiten der Diktatur“ d. LAKD Brandenburg, Filmvorführung **„Meine Frau macht Musik“**, mit Einführung; Ort: Multikulturelles Centrum Templin, Prenzlauer Allee 6, 17268 Templin; Eintritt 5,- €

27.4. (Sa), 17.00–24.00 Uhr:

Die operative Foto- und Abhörtechnik der Stasi. 7. Radebeuler Kultur- und Museumsnacht. 17.00 Uhr: Vortrag zur Fototechnik des MfS, Ref. Detlev Vreisleben, Dipl.-Ingenieur; Ausstellung „Observationstechnik der Stasi“, Bürgerberatung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: DDR-Museum „Zeitreise“, Wasastr. 50, 01445 Radebeul

30.4. (Di), 19.00 Uhr:

„Schonzeiten: Ein Leben in Deutschland“. Rolf Schneider liest aus seinem neuen autobiographischen Werk. Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

Vorschau

22.5. (Mi), 15.30 Uhr:

„Unsichtbare Wunden“. Gesundheitliche Spätfolgen politischer Repression in der DDR. Vortrag und Liedkonzert mit Prof. Carsten Spitzer, Tiefenbrunn, Karl-Heinz Bomberg (Gesang/Gitarre) Berlin, Otmar Desch (Klavier) Berlin; Ort: Klinikumskirche Stralsund, Rostocker Chaussee 70, 18437 Stralsund

Ausstellung

„Bulgarien 1944–1989. Verbotene Wahrheit“

Einer der ersten Beiträge zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Bulgarien erstmals auf Deutsch; zu sehen bis zum 25. April 2013 bei der Deutschen Gesellschaft im Mosse-Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin

(VT) Joachim Marckstadt, geboren 1936 in Guben, verschrägt es als Kind im Februar 1945 aus dem östlichen Brandenburg nach Eisenberg in Thüringen. Anfang der 1950er Jahre schließt er sich einer Gruppe Oberschüler an, die Widerstand gegen die sich in der Deutschen Demokratischen Republik langsam festigende SED-Diktatur leistet und später als „Eisenberger Kreis“ in die Geschichte eingeht. In diesem Zusammenhang wird er 1958 verhaftet und zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt. Die Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit und die Volkspolizei im Bezirk Magdeburg, seinem neuen Lebensmittelpunkt, dauert bis zur friedlichen Revolution im Herbst 1989 an, obwohl er sich nach seiner Haftentlassung nicht mehr oppositionell betätigt. Auf Grund seiner Vorstrafe erscheint er den Sicherheitsbehörden immer

wieder verdächtig. Es gelingt ihnen jedoch nicht, ihn einer Straftat zu überführen. Auch die mehrmaligen Anläufe der Staatssicherheit, ihn als Inoffiziellen Mitarbeiter zu verpflichten, scheitern nach einem ersten, unbefriedigend verlaufenen Versuch. Die vorliegende Broschüre dokumentiert die lang anhaltende Kontrolle der Menschen durch die DDR-Sicherheitsorgane.

.....
Edda Ahrberg: Zum Staatsfeind erkoren. Joachim Marckstadt im Visier der DDR-Sicherheitsbehörden; hrsg. Von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), Landesgruppe Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2013; zu beziehen über VOS-Landesgruppe Sachsen-Anhalt, Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg, E-Mail vos-md@t-online.de, Schutzgebühr 5 € (plus Versand)

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Februar und März Geburtstag haben

Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, Kasimir Tomasko am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Viktor Gorynia am 18. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Dr. Helmut Schneider am 24. Februar, Martina Jacobi am 27. Februar, Hans Schwenke am 28. Februar, Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Alfred Ganzer am 8. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 14-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH, in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),
 Do 11-16 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39
 E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
 Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Peter Ahrens, Günter Antrack, Kathrin Arnold, Hans Günter Aurich, Uwe Behne, Helmuth u. Renate Behrisch, Klaus Bohlken, Heinz Borkenhagen, Barbara Brömel, Klaus Buchin, Eckhard Bufe, Rudolf Butters, Eberhard Büttner, Erna Carbow, Prof.Dr. Gerd Dehnert, U. Digutsch, Margita Eikenberg, Martha Enigk, Heike Fegeler, Alfred u. Christel Feicke, Peter G.M. Feige, Horst Fichter, Peter Frenz, Hannelore Fritsch, Hans-Dieter Fritsch, Gottfried Fröhlich, Wolfgang Funk, Anneliese Gabel, Gedenkstätte Amthor, John Gerstner, Peter Göbel, Rolf Granert, Dr. Bettina Greiner, Kurt Große, Werner Große, Alexander Grow, Siegfried Grundig, Bal-

dur Haase, Karl-Heinz Heidenreich, Wolfgang Heilmann, Werner Henning, Theodor Hilbig, Uwe Hinze, Wolfgang Hirth, Karl-Heinz Hoffmann, Manfred Hoffmann, Marlies Hoffmann, Erich Horn, Hermine u. Reinhold Irimi, Roland Jacobi, Käthe Jahn, Gerhard Jost, Ingrid Juds-Verduhn, Horst Jungsbluth, Henry Katarschinski, Ulrich Kirmse, Helga Kiwitt, Claus Klappert, Friedrich Klausch, Erich Kleist, Otto Klingbiel, Steven Knudsen, Rainer Köhler, Ellenburg Koman, Manfred Krafft, Annemarie Krause, Heinz Kühn, Frank Kühnast, Jobst Kühne, Michael Kunath, Ute Langer, Markwart Lindenthal, Prof.Dr. Konrad Löw, Joachim Lummitsch, Dr. Bernd Matern, Fritz Mathei, Dr. Jürgen Miersch, Chris Milcke, Hilde Möller, Werner Morgenstern, Barbara Müller, Horst Mundlos, Roland Nebel, Ruth Ne-vermann, Heidi Niebergall, Dr. Jens Nielsen, Sylvia Öhlenschläger, Horst Opitz, Lothar Otter, Joachim Petras, Volker Pilz, Lola Poulakos, Herbert Prenzel, Detlev Putzar, Eike Christine Radewahn, Marieliese Radtke, Ute Rast, Dr. Dieter Reimitz, Gerda v. Reitzenstein, Lisbeth Rentsch, Jürgen Ritthaler, Hans Rocke, Waltraud u. Günter Roike, Heinz Rothe, Lothar Rühl, Wolfgang Rullik, Werner Sasse, Norbert Schachnowski, Christa Schatzberg, Werner Schenker, Rita Schiller, Marianne Schmidt, Roland Schmiedicke, Ingrid Schnalke, Peter Schnurer, Dr. Walter Schöbe, Kurt F. Scholz, Karl Schröder, Wolfgang Schuller, Ulrike Schultz, Dietrich Schulz, Werner Schulze, Detlef Sens, Eckhard Serick, Karl Sorge, Herbert Stephan, Gotthilf Sternberg, Henning Stieme, Hans-Joachim Stöhr, Michael Striss, Klaus-Joachim Surma, Horst-Hermann Süßmilch, Michael Teltz, Joachim Tetzlaff, Manfred Thieme, Karl-Wolf Tiebel, Ursula Timm, Franz Töpfer, Helge Viereck, Wolfgang Völzke, Reiner Wagner, Dr. Jürgen Weiland, Rudolf Winkler, Herbert Winter, Gisela Wollscheid, Michael Wühle, Matthias Wünsche, H. Wüstemann, Dr. Karl-Adolf Zech, Helma Zietze, Konrad Ziller, Helmut Zock

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“


Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

.....

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG  **AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. März 2013

.....

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.(UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup
Sprechzeiten: Mo-Fr 10-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

